

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

36 (1.2.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 21. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

== Zweite Kammer. ==

21. Öffentliche Sitzung am Donnerstag den 30. Januar 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann
1. Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:

2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abg. Geel und Gen., die Kränkung verfassungsmäßiger Rechte (Korner Schäufele in Rintheim) betr. — Drucksache Nr. 22 —.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Freiherr von Dusch, Präsident des Ministeriums des Großh. Hofes und der auswärtigen Angelegenheiten Wirkl. Geh. Rat Freiherr von Marschall, Präsident des Ministeriums der Finanzen Wirkl. Geh. Rat Dr. Souffell, Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr von und zu Bodenmann, Ministerialrat Schellenberg.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten.

Es wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

1. von 17 weiteren Gemeinderäten des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementar-Unterrichtsgesetzes;

2. der Vereinigungen wissenschaftlich gebildeter Beamten um Verrückung der diesen Vereinigungen angehörenden Beamten im neuen Gehaltsstafel;

3. des Vereins der Werkstätte- und Magazinschreiber der Großh. Bad. Staatseisenbahnen um Aufnahme in den Gehaltsstafel;

4. der Seminar- und Gymnasiumsdiener um Verlassung der nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes vom 12. Juni 1902 ihnen zukommenden Dienstzulage;

5. der Gemeinde Densbach, die Errichtung einer Güterstation betreffend (übergeben vom Abg. Geppert);

6. aus Konstanz an die Großh. Regierung wegen Errichtung eines neuen Gymnasiumsgebäudes daselbst an seinem jetzigen Platze diesseits des Rheins.

Ziffer 1 wird der Petitionskommission, Ziffer 2, 3 und 4 der Kommission für die Beamtenvorlagen, Ziffer 5 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, Ziffer 6 der Budgetkommission überwiesen.

Zur Tagesordnung erhalten das Wort:

Abg. Muser (Dem.): Meine politischen Freunde hatten gewünscht, daß in der Generaldebatte ich der Redner unserer Fraktion sein sollte. Ich bat sie, davon abzusehen und zwar, weil ich mir sagte, es werde sich ja nicht vermeiden lassen, daß auch Fragen zur Verhandlung gelangen, in denen sich die Gegenfähigkeit unserer Partei zur Zentrumsparlei offenbare. Ich befürchtete, daß bei der ausgeprochenen Vorliebe des Zentrums für meine Persönlichkeit die Gefahr bestehe, daß dieses die Gelegenheit benütze, um der Verhandlung einen Charakter aufzudrücken, wie ich ihn im Interesse der Sachlichkeit unserer Debatte und auch der Kürze unserer Verhandlungen nicht wünsche. Sie werden es aber durchaus begreifen und berechtigt finden, daß ich trotzdem das Wort ergriffen habe. Denn nach den geradezu ungeheuerlichen Angriffen, die der Herr Abg. Zehner nicht nur gegen meine Partei, sondern auch gegen meine Person gerichtet hat, konnte und durfte ich nicht schweigen, wenn ich nicht der Gefahr ausgesetzt sein wollte, daß nach berühmten Mustern dieses mein Schweigen mir als Feigheit werde ausgelegt werden. Ich bedauere es, daß ich genötigt bin, am Schlusse meiner Ausführungen auch die persönliche Seite der Sache zu berühren und hätte es wirklich nicht erwartet, daß der Führer der Zentrumsparlei die Verhandlung in dem Tone führen werde, in dem er sie tatsächlich führte. Ich trete ihm gewiß nicht zu nahe, wenn ich sage: Er hat doch einen bedauerlichen Mangel an Sachlichkeit, an Gerechtigkeit und an Augenmaß für das, was zulässig ist, und einen bedenklichen Ueberfluß an einer unschönen Leidenschaftlichkeit und einer ihm sehr schlecht anstehenden Schulmeisterei erkennen lassen.

Ich hätte sehr gerne auch über die budgetären Fragen gesprochen. Es wäre zu verlockend, gerade auch dem Herrn Finanzminister auf diesem Gebiete zu folgen. Ich tue es nicht, weil die Fragen einerseits schon außerordentlich ergiebig erörtert worden sind, und dann aus dem weiteren Grunde, weil ich die Zeit, auf

d. J. ...
1 L. ...
d. J. ...
d. J. ...
72 dem ...
ent- ...
er- ...

die ich Anspruch zu haben glaube, zu anderen Dingen ausnutzen muß. Nur eine einzige Frage ist es, die ich aus einem sofort ersichtlichen Grund kurz beleuchten möchte. Der Herr Abgeordnete Zehnter hat bei dem Bestreben, meiner Partei Eines anzuhängen, auch auf das bekannte „Eingefandt“ über die Fleischakzise im Badischen Landesboten hingewiesen. Es ist in dieser Richtung schon das Nötige gesagt worden. Ich komme auf die Sache aber nur aus dem Grund zurück, weil ich gerade hier ein Beispiel vor mir habe, welche Doppelzügigkeit des Zentrums vielfach im politischen Kampf zu registrieren ist. Der Herr Abg. Zehnter hat allerdings erklärt, er sei nicht gegen die Aufhebung der Fleischakzise, das ist wahr, aber es will mir scheinen, als ob doch eine besondere Freude an einem dahinzielenden Gesetzesvorschlag aus seinen Äußerungen nicht herausgestrahlt habe. Jedenfalls, das wird nicht bestritten werden können, gipfelte seine Argumentation dahin, daß er ein derartiges Benefizium für die Wegger — wenn überhaupt in einem Falle, in dem es sich um die Beseitigung einer einzelnen Stand ungerade belastenden Steuer handelt, von einem Benefizium gesprochen werden kann — nicht gern sehe, und vor allen Dingen wünschen müsse, daß die Aufhebung der Fleischakzise bis 1910 suspendiert werde. So lauteten die Ausführungen des Führers der Zentrumsparthei hier in diesem Landtag. Vor den letzten Landtagswahlen spielte bei uns in Offenburg die Frage der Aufhebung der Fleischakzise auch eine Rolle. Es wurde in der Zentrumspresse Propaganda für die Kandidatur meines sehr geehrten Herrn Gegenkandidaten von der Zentrumsparthei gemacht, u. a. auch damit, daß man den Weggern — nicht etwa den Fleischkonsumenten — in Aussicht stellte, sie hätten schon deswegen Anlaß, ihre Stimme dem Zentrumskandidaten zu geben, weil er für die Aufhebung der Fleischakzise eintreten würde. Um nicht einer Fälschung bezichtigt zu werden, muß ich vorsichtigerweise sagen: Wenn ich mich recht erinnere, ist auch in der Kandidatenrede meines Herrn Gegners, der auch, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, der Herr Abg. Zehnter angewohnt hat, ausdrücklich versprochen worden, daß der Zentrumskandidat für die Aufhebung der Fleischakzise zu Gunsten der Wegger eintreten werde. Man hat natürlich darüber kein Wort verloren — und das paßt zu der übrigen Kampfweise des Zentrums —, daß wir Demokraten schon längst für die Aufhebung der Fleischakzise zu haben gewesen sind. Ja, man ging sogar soweit, die Wegger Offenburgs zusammenzurufen und ihnen ad oculos zu demonstrieren, wie es doch in ihrem ureigensten Weggerinteresse liege, endlich einmal die Stadt Offenburg in die Hand eines Zentrumsabgeordneten zu bringen, weil sie, die Herren Wegger, von der Fleischsteuer dann erlöst werden. So vor der Wahl das Zentrum, so jetzt nach der Wahl der Zentrumsführer. Dieses kleine Geschichtchen war nicht uninteressant und es ist typisch genug, um es zur Kenntnis des Hohen Hauses zu bringen. Vielleicht sind Sie nun aber auch gespannt, zu erfahren, welchen Erfolg diese Weggerversammlung gehabt hat? Es wird mir versichert, ich kann für die Richtigkeit der ganzen Geschichte nicht einsehen, daß die Wegger deswegen auch einstimmig dem Zentrumskandidaten die Stimme gegeben hätten. Allerdings kann ich das, wie bemerkt, auf seine Richtigkeit nicht kontrollieren. Es wird auch berichtet — ob sich die Sache in Wirklichkeit so verhält, weiß ich nicht —, daß einer eine zeitlang im Schwanken gewesen sei und gemeint habe, daß es nicht nur darauf ankomme, daß er von der Fleischakzise befreit werde, sondern auch die Höhe des Fleischkonsums sei in Rechnung zu stellen. Und da soll er gesagt haben, für ihn sei es eigentlich

besser, wenn er keinen Zentrumskandidaten wähle, denn wenn alles in Ordnung sei, so habe der Zentrumskandidat in der Woche einen Tag, an welchem er kein Fleisch isst. Wähle er dagegen einen Demokraten, so habe er die Garantie, daß der Fleischkonsum bei ihm auch an diesem Tage nicht aufhöre. Nun kann ich aber zur Beruhigung sagen, daß, wie mir berichtet wurde, er sich doch anders entschieden hat, und daß der Wegger trotz dieser Kalkulation für den Kandidaten gestimmt habe, der einen Tag kein Fleisch isst.

Es ist auch von der Reichsblockpolitik die Rede gewesen. Der Herr Abg. Obkircher hat gesagt, dieses „Sorgenkind“ bedürfe der rechten Pflege, und er hat ich glaube das recht verstanden zu haben, bedauert, daß einzelne Politiker und linksliberale politische Vereinigungen in sehr ausgeprägten scharfen Resolutionen die Reichsblockgemeinschaft erschüttert hätten. Wenn man bei dem Bilde eines „Sorgenkindes“ bleiben will, dann hätte man sagen müssen: Weniger das Kind war ein Sorgenkind, als Fürst Bülow ein Sorgenvater. Von dem Augenblick an, an dem er seine sehr bedenkliche Stellung zur preussischen Wahlrechtsfrage genommen hat, kann er sich nicht beklagen, wenn man in ihm denjenigen erblickt, der am allermeisten die Blockgemeinschaft gefährdet, wenn nicht zerstört hat. (Sehr richtig!) Es sind uns ja auch wegen unserer Zugehörigkeit zu dieser Blockgemeinschaft Vorwürfe gemacht worden, die aber sehr unzutreffend sind. Wir haben die Bedeutung dieser politischen Aktion niemals überschätzt, wir betrachten sie als einen durchaus zulässigen, aus der ganzen politischen Lage als Staatsnotwendigkeit herausgeborenen Versuch, endlich einmal dem Liberalismus und dem deutschen Bürgertum eine ihm gebührende Stellung und einen ihm gebührenden Einfluß auf die Reichspolitik zu verschaffen. Man durfte uns keinen Vorwurf machen, wenn wir glaubten, wir könnten, wo nicht die Befriedigung unserer ganzen Forderungen möglich ist, uns einmal mit Teilzahlungen, mit Abschlagszahlungen zufrieden geben, wenn diese zu erreichen wären, ohne daß wir irgendwie grundsätzliche Konzessionen zu machen hätten. Wir haben uns diese Reichsblockgemeinschaft niemals so gedacht, daß sie in ihrem Effekt eine Unterfütterung der konservativen Politik in Deutschland sein würde. Wir hätten mit aller Entschiedenheit dagegen protestiert, wenn man uns direkt oder indirekt zugemutet hätte, wir, der entschiedene Liberalismus überhaupt sollte seinen Schild über eine reaktionäre konservative Politik halten. Am 10. Januar d. J., der ein kritischer Tag allererster Ordnung war, hat sich aber nach unserer Ueberzeugung der deutsche Reichskanzler als ein preussischer Reaktionsär demaskiert. Es muß das offen ausgesprochen werden. Man hat natürlich nicht verlangt, daß das preussische Volk sofort in den Besitz desselben Wahlrechts gesetzt werde, welches das deutsche Volk heute hat, aber man durfte wenigstens erwarten, daß, wenn man den Liberalismus zu politischer Mitarbeit aufruft, doch auch dem preussischen Volke das Wahlgeheimnis, diese wesentliche Garantie der Wahlfreiheit und damit eine der wesentlichsten Voraussetzungen eines vernünftigen Wahlrechts, nicht würde vorenthalten werden. Von dem Augenblicke an, als der Reichskanzler diese Stellung eingenommen hatte, war es, meinen Freunden wenigstens, klar, daß der entschiedene Liberalismus in Deutschland an der Forterhaltung des Fürsten Bülow höchstens noch insofern ein Interesse haben könnte, als man nicht weiß, ob etwas Besseres nachkommt, und als das Schlechte immer noch besser ist als etwas Schlechteres. Aber die Konsequenz muß doch der entschiedene Liberalismus gewiß ziehen, daß er

selbstverständlich sich zwar einer Mitwirkung an der Durchberatung und an der glücklichen Zueinführung aller Vorlagen im deutschen Reichstag nicht versagt, aber daß er dabei lediglich sich von seinen Grundsätzen leiten läßt, auch, wenn es nötig ist, von einer sehr schroffen Betonung dieser Grundsätze nicht abläßt und keinerlei Rücksicht auf irgend welche taktische Bedenken nimmt.

Der Herr Abg. Zehnter hat gemeint, uns sagen zu dürfen, wir seien in keiner beneidenswerten Lage. Woher er das weiß, hat er uns nicht verraten. (Abg. Zehnter: Tatsache.) Wenn der Herr Abg. Zehnter sagt, es wäre für ihn etwas eine Tatsache, so ist es deswegen noch keine Tatsache, und es ist im vorliegenden Fall keine Tatsache. Wenn er Gelegenheit gehabt hätte, unseren Parteitag in Triberg und in Konstanz zu besuchen, wenn er wüßte, wie aus den verschiedensten Teilen unseres Landes, wo wir seither demokratische Elemente nicht vermuteten, der Ruf nach demokratischer Organisation an uns ergeht, endlich, wenn er wüßte, wie gerade auch aus den Kreisen der Intellektuellen die Demokratie Zufluß bekommt, dann hätte er keinen Anlaß gefunden, uns in dem Tone seines väterlichen Mitleids und Wohlwollens, das ihn so außerordentlich gut kleidet, sein Bedauern über unsere Situation auszusprechen.

Aber eine Gegenfrage! Haben denn Sie Anlaß, von sich zu behaupten, daß Sie in einer beneidenswerten Lage seien? Gewiß, rein zahlenmäßig betrachtet: ja! Es klang ja auch aus der Rede des Herrn Abg. Zehnter durch — die ganze Rede war auf diesen Grundton gestimmt —: Wir, das Zentrum, sind die Stärksten in der Gasse! Allein, Sie sind doch nicht bloß Politiker und Parlamentarier, Sie sind doch auch Katholiken! Und da wäre nun die Frage denn doch auch sehr angebracht: Sind Sie denn in dieser Eigenschaft heute in einer beneidenswerten Lage? Hätten Sie nicht allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß dem Notschrei, dem Angstruf, der aus mehr als einem gutgläubigen katholischen Herzen herauskommt, an kompetenter Stelle eine andere Berücksichtigung zu Teil würde, als sie ihm tatsächlich zu Teil wird?

Erinnern Sie sich, wenn Sie sich die Frage vorlegen wollen, ob Sie in einer beneidenswerten Lage sind, daran, was jenen 162 Männern geschehen ist, darunter auch dem Erzbischof von Bamberg und dem Bischof von Regensburg, die das ungeheure Verbrechen begingen, zur Errichtung eines Denkmals für eine Leuchte der katholischen Wissenschaft, für Hermann Schell, aufzurufen! Denken Sie an die Antwort, die sich diese treuen Söhne ihrer Kirche geben lassen mußten, an die Antwort, die veröffentlicht worden ist und veröffentlicht werden sollte, und in der diesen Männern vorgeworfen wird, daß sie in Unkenntnis der katholischen Lehre besangen seien, daß sie der Autorität des päpstlichen Stuhles Widerstand leisten und weiter vorgeworfen wird, was das Schlimmste ist, sie bedienten sich „verleumderischer Vorwände“! Eine derartige Erscheinung ist symptomatisch, sie ist aber auch außerordentlich betrübend, betrübend insbesondere auch für denjenigen, der auch im katholischen Leben eine gewisse Bewegungsfreiheit für sich und seine Glaubensgenossen in Anspruch nimmt. Es gab eine Zeit, in der Sie für einen Leo Taxil eine Ovation hätten bringen dürfen, ohne daß Ihnen jemand in den Arm gefallen wäre! Eine Ovation aber für einen Mann wie Hermann Schell, war Ihnen nicht erlaubt! Und ich frage weiter: Sind Sie in einer beneidenswerten Lage, wenn Sie sich sagen lassen müssen, was derselbe, Hermann Schell, in einem Brief

vom 5. Dezember 1901 gesagt hat? Ich führe es an, weil das auch symptomatisch ist, und weil die Zentrums-Partei, die ja von sich behauptet, daß sie auch „liberal-fortschrittlich“ zu wirken gesonnen sei, allen Anlaß hätte, sich derartige Dinge ad notam zu nehmen, um auf dem hier in Frage stehenden Gebiete zunächst einmal einen Beweis ihrer fortschrittlichen Gesinnung abzulegen und hier eine fortschrittliche, wirklich fortschrittliche Arbeit zu leisten. Dieser Hermann Schell sagt: „Die Sache geht systematisch gegen mich und den sogenannten katholischen Liberalismus, der die Protestanten als Christen und Mitbürger, nicht als Ketzer, Häretiker behandelt. Die Gelehrten der Weltgeschichte in Charakterbildern“ — ein Werk, an dem Schell, Merkle und andere sogenannte Reformkatholiken oder Modernisten mitgearbeitet haben — „werden deshalb angegriffen, weil Sie ohne konfessionelle Parteitendenz die Weltgeschichte darstellen wollen, Partei oder Wahrheit ist die Lösung“. Ich meine, wir sollten sagen können, Partei oder Wahrheit sollte die Lösung sein, und Sie hätten allen Anlaß, in Ihrem eigenen Interesse dafür zu sorgen, daß diese Parole nicht bloß eine Parole ist, sondern umgesetzt wird in eine Realität unseres Lebens. Und ferner — und das ist eine Frage, an der nicht bloß Sie als Katholiken, sondern an der auch die Großh. Regierung interessiert ist —: Sind Sie in einer beneidenswerten Lage, wenn Sie erleben müssen, daß von kirchlich-autoritativer Seite den Professoren der katholischen Theologie in den Arm gefallen wird, wenn sie, sich selbst innerhalb der Grenzen und Schranken des Dogmas bewegend, irgend etwas sagen, was den jetzt im Besitze der Macht befindlichen Potenzen im katholischen Lager nicht in den Kram paßt? Es kann, was in Bonn dem katholischen Theologie-Professor Dr. Schrörs passiert ist — in dieser Beziehung ist auch die Großh. Badijsche Regierung bei der Sache beteiligt — an jeder anderen Universität auch vorkommen; es kann vorkommen, daß von den kirchlichen Faktoren der Versuch gemacht wird, den Studierenden der katholischen Theologie den Besuch einer Vorlesung an der staatlichen Universität um deswillen zu verbieten, weil an ihr ein Mann doziert, der sich eine gewisse Selbständigkeit des Urteils und des Charakters bewahrt hat.

Sie sagen auch so gerne, Sie wären modern. Wenn Sie das sind, dann ist es doch Ihre erste Aufgabe, auch dafür zu sorgen, daß der katholische Klerus im modernen Sinn erzogen wird. Ist das der Fall? Der von mir schon genannte katholische Theologieprofessor Dr. Schrörs hat eine Schrift herausgegeben: „Kirche und Wissenschaft“. In dieser erzählt er uns, daß der Fakultätsbetrieb der Universität forrigiert wird durch den Konviktsbetrieb, durch Gegen- vorlesungen, die man dort abhalte. Eine interessante Mitteilung! Interessant auch für diejenigen Herren, die nicht mit uns auf dem Standpunkt stehen, daß die einzig grundsätzliche und gedehliche Lösung des Verhältnisses von Staat und Kirche die volle Trennung ist. Wir hören so oft in dieser Richtung das Gegenargument: „Ja, wenn es nach Euren Grundsätzen geht, wenn also die Kirche volle Freiheit hat, ihren Klerus so zu instruieren, wie sie es will, wenn der Staat gar kein Recht hat, sich da irgendwie hineinzumischen, so verliert ja der Staat jeden Einfluß auf die geistige Ausbildung des Klerus. Jetzt besteht doch eine gewisse Garantie dafür, daß das, was der Student der katholischen Theologie an der staatlichen Universität hört, bei seiner Persönlichkeitsbildung nicht ganz einflußlos bleibt.“ Das ist eine Theorie, die durch die Praxis widerlegt wird. Man forrigiert tatsächlich das, was die Professoren, auch die katholischen Professoren, an der Universität dozieren durch die Unterweisungen, die man dann den

Studenten im Konvikt erteilt. Und in dieser Richtung, das ist eben das außerordentlich Interessante, und auch für die Groß-Regierung wird es von Wichtigkeit sein, sich das zu notieren — erfahren wir nun von einem Mann, der es wissen muß, einem Professor der katholischen Theologie, Dr. Schrörs folgendes: Er sagt, die Philosophie werde im Konvikt — er spricht vermutlich von Bonn — nach J. Lottini „Compendium philosophiae scholasticae“ bearbeitet, und über dieses Compendium spricht er sich folgendermaßen aus: „Der Mächtigkeit des Buches im allgemeinen entsprechen im einzelnen die Lehren, die einen so antiquiert und selbst anmuten, wie die Theorie von der Pflicht der weltlichen Gewalt, die Keger zu verbrennen; den Staaten wird schlechtweg die Befugnis des Schulzwanges abgesprochen ohne Einschränkung, ohne Erläuterung.“ Sicher für Deutschland in diesem Augenblick recht zeitgemäß schreibt er weiter: „Als die beste Form der bürgerlichen Verfassung ist der fürstliche Absolutismus mit etwas ständischer Vertretung hocharistokratischer Art verbrämt und als die schlechteste Form der konstitutionelle Staat und der Parlamentarismus hingestellt.“ Außerordentlich interessant! In diesem Geiste wird also der Klerus erzogen, derselbe Klerus, der den Anspruch nicht bloß erhebt sondern ihn auch durchsetzt, daß er auch an der Schule des modernen Staates in der Erziehung als ein maßgebender Faktor auftritt!

Ich habe vorhin von einem der vielen Angstschreie gesprochen, die von guten Katholiken ausgestoßen werden. Haben Sie den Brief gelesen, den ein tapferer Mann, Pfarrer Würzberger von Kleusheim — Hut ab vor ihm, denn es gehört eine besondere Tapferkeit dazu, wenn ein Mann, der die Sutane trägt, den Mut hat, etwas derartiges zu schreiben — in der Allgemeinen Zeitung veröffentlicht hat? Ich bitte Sie vom Zentrum ganz besonders, beachten Sie ihn doch auch in Ihrem höchst eigenen Interesse, denn er eröffnet Ihnen den Einblick in ein Gebiet, wo Sie Arbeit leisten können, wo Sie Arbeit leisten müssen, wenn es Ihnen mit der Selbstständigkeit derjenigen Menschen wirklich ernst ist, die Sie als Führer des katholischen Volkes voranstellen möchten, Ihres Klerus. Was schreibt nun der katholische Pfarrer? „Schon hat man begonnen, jenes Ueberwachungssystem durchzuführen, das jedem Manne von Charakter und Ehrgefühl die Schamröte in das Gesicht treibt.“ — Nicht von einem Ueberwachungssystem der Groß-Regierung, das Verhalten der Geistlichen betreffend, ist die Rede, sondern ein Ueberwachungssystem der kirchlichen Behörden den Geistlichen gegenüber kommt in Frage. „Jenes Ueberwachungssystem, das jeden Gebildeten mit innerer Notwendigkeit an die Seite der Gegner des offiziellen Katholizismus neuesten Datums drängt, jenes Ueberwachungssystem, das die ohnedies große Rechtsunsicherheit des katholischen Klerus“ — nehmen Sie vom Zentrum sich doch um Ihren Klerus an! — „derart verstärkt, daß jegliche Bewegungsfreiheit auch innerhalb der vom Dogma gesteckten Grenzen vollständig gehemmt und dem Denunzianten- und Strebertum Tür und Tor vollends ganz geöffnet wird. Wir erleben es jetzt schon, welch ein Unfug und welch gefährliches Spiel mit dem Begriffe „Modernität“ getrieben werden kann. Nicht einmal eine streng wissenschaftliche Diskussion ohne eigene definitive Stellungnahme über die exegetischen Arbeiten eines Dr. Peters, der doch noch lange nicht dem Scheiterhaufen übergeben ist, kann intra nos geführt werden, ohne daß ein lauschender ungehobener Denunziant in anmaßender Zensurschrift brieflich mit dem Galgen für die Modernisten droht“, und zum Schlusse ich kann natürlich nicht den ganzen Brief verlesen: „Wer die süddeutsche Zentrums-Presse seit dem Commer-

brief aufmerksam verfolgt hat, dem drängt sich wider Willen die Ueberzeugung auf: Bei den veränderten Verhältnissen ist Zentrums-Herrschaft gleichbedeutend mit Knechtung des Klerus und Knechtung der Wissenschaft.“ — Das sagt Ihnen ein katholischer Geistlicher, nicht ein antiultramontaner Fälscher. — „Hundertfach ehrenvoller aber ist die Knechtung durch die eigentliche Kulturkämpfer als die Knechtung durch die eigentliche Organisation, die schimpflichste von allen und die höhnungslöseste. Die Zwitterstellung des Zentrums zwischen politischer Demokratie und brutalstem kirchlichem Absolutismus mit seinem schweren Druck auf Person und Wissenschaft verträgt auf die Dauer kein aufrechter Mann.“ Also: Ein „aufrechter Mann“ kann das nicht mitmachen. Das scheint auch die klerikale Presse gemeint zu haben, denn sofort ist die „Correspondenza Romana“ bereit gewesen, zu erklären, sie billige zwar den Freimut Würzbergers, die elementarste Ehrlichkeit aber verlange, daß diese sog. Katholiken sich außerhalb der Kirche stellen!

Sie sind auch um deswillen nicht in einer beneidenswerten Lage, weil Sie heute nicht einmal mehr das gefahrlos aussprechen dürfen, was Sie noch vor einigen Jahren hier im öffentlichen Landtage gesagt haben! Damals hat der Herr Abg. Zehnter den Satz aufgestellt, „die Schöpfungsgeschichte der Bibel sei nicht in dem allerwichtigsten Sinne aufzufassen, sondern als eine poetische Darstellung des ihr zugrunde liegenden Gedankens.“ Der neue Syllabus, es ist der Satz 19, bestimmt, „die göttliche Inspiration dehne sich derartig auf die ganze „Heilige Schrift“ aus, daß sie alle und jede Teile derselben vor jeglichem Irrtum schütze.“ Jetzt dürfen Sie diesen Satz nicht mehr aussprechen! (Abg. Dr. Zehnter: Der ist hundertmal ausgesprochen! Abg. Dr. Schofer: Das ist total falsch, Herr Minister, das verstehen Sie nicht! Ich kann Ihnen auf Ehrenwort sagen, daß das total falsch ist!) Ich möchte doch bemerken, daß bei einer Interpretationsfrage ein Ehrenwort (Sehr gut! bei den Liberalen), welches ich sonst zu respektieren verpflichtet bin, kein Gewicht hat.

Es kommt noch eine andere Sache hinzu — ich hätte sie vielleicht nicht gebracht, aber jetzt nach diesen Einsprüchen der Herren Zehnter und Schofer will ich sie bringen und will dann hören, ob der Herr Abg. Dr. Schofer auch noch behauptet, daß man heute noch so sprechen dürfe wie früher. Herr Abg. Schofer! Wollen Sie also bitte eine Antwort auf die Frage geben: Ist es erlaubt, die Worte auszusprechen, die der Herr Abg. Dr. Zehnter am 30. April 1904 hier im öffentlichen Landtage in einer Polemik gegen den Herrn Kollegen Lehmann in die Welt hinaus verkündete, „das Rätsel von dem unendlichen, ewigen, allmächtigen und allweisen Gott, den niemand bis jetzt bewiesen hat und beweisen kann.“ Darf man auch heute, dürfte man überhaupt jemals so etwas sagen? (Abg. Dr. Zehnter: Der „Ortenauer Bote“ hat mich ja dafür in den Bann gesteckt!) Dann hat der „Ortenauer Bote“ sehr selbstherrlich gehandelt! Eine derartige Äußerung ist allerdings mit dem Bann belegt; aber Bannflüche können nicht von der Redaktion eines Amtsver kündigers, sondern nur von anderen Faktoren herkommen, und ich habe damals schon gedacht es war sehr unvorsichtig, daß der Herr Abgeordnete Zehnter sich einem päpstlichen Bannfluch aussetzte.

Der Herr Kollege Zehnter hat gegen den monistischen Standpunkt des Herrn Kollegen Lehmann polemisiert und bei dieser Gelegenheit weiter gesagt: „Ich meine, dieser Urnebel“, aus welchem nach der materialistisch-monistischen Weltanschauung die Erde, die Welt herausgewachsen sein soll, „ist ebensovienig empirisch beweisbar, wie der Gott,

den die Theologie annimmt". (Zum Zentrum gewendet):
 Man frage ich wiederholt: Darf man das sagen? (Abg.
 Zehnter: Ich sag's ja! — Heiterkeit beim Zentrum.)
 Sie sagen es! Da haben wir ja eine interessante Inter-
 pretation von dem, was man alles unter „christlicher
 Weltanschauung“ verstehen kann! Nun will ich Ihnen
 bemerken, daß Sie das nicht sagen dürfen, weil das
 durchaus unkatolisch ist, und ich wünschte, Ihr Hinter-
 mann, der Herr Kollege Schofer, möchte Ihnen zu Hilfe
 kommen und Ihnen — nicht auf Ehrenwort sondern auf
 Grund seiner Kenntnisse als katholischer Theologe, —
 einmal ein Privatissimum darüber lesen, interessanter
 wäre es noch, wenn es public geschähe (Zuruf: Um
 Gotteswillen!), daß Ihre Behauptung im direkten Wider-
 spruch mit der katholischen Lehre steht. Schlagen Sie
 Ihren Katechismus auf, und Sie werden finden, daß dort
 die Lehre gegeben wird, es sei die Existenz eines Gottes
 beweisbar und sie sei bewiesen und daß eine Reihe
 von angeblichen Gründen dafür angegeben wird; es
 sei — das ist katholische Lehre — die Existenz eines
 persönlichen Gottes nicht eine Hypothese, sondern eine un-
 bestreitbare, objektiv bewiesene Tatsache.
 Ich gebe Ihnen gewiß zu, daß damit, daß man etwas
 nicht beweisen kann, und daß es nicht bewiesen ist,
 noch immer nicht gesagt werden will und darf, daß es
 überhaupt nicht existiert. Ganz gewiß! Aber — und
 da ist nun der Herr Kollege Zehnter in eine bedenkliche
 Nähe zu mir gerückt, die nach derjenigen Beweitung,
 die er mir hat zuteil werden lassen, für seine eigene
 Reputation nicht ganz förderlich ist — ich habe einmal
 in einer politischen Schrift die Behauptung aufgestellt,
 der kosmologische und ontologische Beweis für die
 Existenz eines Gottes hätten dem Ansturm der Wissen-
 schaft nicht standhalten können. Es wurde daraufhin
 behauptet, ich sei ein „Atheist“. Ich war es nie in
 dem eigentlichen Sinne des Wortes; es handelte sich
 für mich immer nur um ein non liquet. Ich stehe in
 dieser Beziehung auf demselben Standpunkt, wie der
 Führer der Zentrumsparlei. Für die Erkenntnis des
 Transszendenten, für die Erkenntnis der Dinge jenseits
 der Erfahrung fehlen uns alle Organe. Aber ein
 Atheist bin ich genannt worden und werde als solcher
 in (zum Zentrum gewendet) Ihrer Presse an den
 Bräutigam gestellt. Wenn ich Atheist bin, dann hat der
 Führer der Zentrumsparlei den klaren klassischen Beweis
 dafür erbracht, daß man ein „Atheist“ und doch ein
 Vertreter der christlichen Weltanschauung bzw.
 noch Führer der badischen Zentrumsfraktion sein kann!
 Darf man aber sagen, was der Herr Kollege
 Zehnter gesagt hat, dann darf man es auch in der
 Schule sagen; die Wahrheit muß man überall,
 insbesondere auch in der Schule, sagen dürfen. Ich
 möchte aber einmal sehen, was passierte, wenn ein Lehrer
 an einer staatlichen Schule etwa im naturwissenschaft-
 lichen Unterricht eine derartige Behauptung aufstellen
 wollte, wie mit ihm in der Zentrumspresse umgegangen
 würde! Und wie würden dann der Großh. Oberaufrat,
 das Großh. Ministerium des Kultus und Unterrichts
 hier im öffentlichen Landtag dafür zur Rechenschaft
 gezogen werden, daß es solche unkatolische und unchrist-
 liche Lehrer und Lehrerinnen dulde, daß es solche
 Doctrinen „nicht verhindert“, oder (um mich in der
 neuzeitigen Sprache zu bewegen) sogar „begünstigt“ habe.
 Die Zentrumsparlei ist nun nach den Ausführungen
 des Herrn Abg. Zehnter unter anderem auch liberal
 und fortschrittlich in gutem Sinne des Wortes ge-
 nannt worden. „Verba docent“, aber auch nur „verba“;
 facta trahunt. Sehen wir uns nur einmal an einem
 geradezu typischen Beispiel, wie in Wahrheit die Zen-
 trumsparlei politisch liberal ist. Ich habe hier ein Blatt
 vor mir, es ist der „Pfälzer Bote“ (Rufe von ver-

schiedenen Seiten: Au! lebhaft Heiterkeit), die Nummer
 vom 15. November 1905. Es ist da die Rede davon,
 daß in Freiburg Professoren und auch Beamte das un-
 geheure Verbrechen begangen hätten, unseren Kollegen
 Kräuter zu wählen: Unseren Kollegen Kräuter, den ich
 auch heute noch für einen ruhigen, durchaus anständigen
 und nicht übertrieben gefährlichen Mann halte (Heiter-
 keit). Es heißt da: „Alle diese“ (die Beamten usw.)
 „und eine Unmenge anderer Herren in hervorragender
 Lebensstellung haben sich für die Kräutersche Wahl be-
 müht. Der konstitutionell-monarchische Staat kann sich
 so etwas eigentlich nicht gefallen lassen“; das ist noch
 nicht schlimm, es kommt noch besser. Es wird nun
 zunächst gesagt, bei einem Arbeiter könne man ja so
 etwas verstehen, „wenn aber satte Bürger, gutbezahlte
 Beamte und hochgelehrte Professoren bei gesundem Ver-
 stand einen Kräuter wählen“ — jetzt geht es schon an
 das Wahlrecht — „der den Landesherrn abgeben und
 die Republik proklamieren will“ (Lebhaft Heiterkeit) —
 ja, ich weiß nicht, ob wir nicht jetzt Anlaß haben,
 etwas von dem Herrn Kollegen Kräuter wegzurücken?
 (Heiterkeit) — „so gibt es dafür keine Entschuldigung; auch
 der Haß gegen die katholische Kirche und das Zentrum
 befreien diese Herren nicht von der Verantwortung.
 Im Königreich Preußen, den undenkbarsten Fall
 vorausgesetzt, ein hoher Beamter wählte sozialdemo-
 kratisch, dann würde man ganz kurzen Prozeß machen;
 in Baden sind wir schon so weit, daß Regierung und
 Beamenschaft die Abgabe sozialdemokratischer Stim-
 mzetteln als etwas Verzeihliches, wenn nicht Erwünschtes
 ansehen“.
 Also nicht einmal die Wahl eines Sozialdemokraten
 soll erlaubt, nicht einmal der Ausdruck der freien über-
 zeugung soll möglich sein! (Zum Zentrum sich wende-
 end): Wenn Sie wirklich fortschrittliche, liberale Politik
 treiben wollen, dann sehen Sie doch den satten Bürgern,
 die in dem „Pfälzer Bote“ zu Wort kommen und von
 denen im Pfälzer Bote die Rede ist, etwas besser auf
 die Finger! Hat irgendwo in der Zentrumspresse jemand
 gegen eine derartige Behandlung oder Mißhandlung des
 ersten Bürgerrechtes, des Wahlrechtes, opponiert? Wenn
 Sie anders denken als die Sozialdemokraten, wenn Sie
 bedauern, daß Sozialdemokraten in den Landtag oder
 Reichstag kommen, so ist das Ihr gutes Recht! Ich
 teile Ihr Gefühl nicht. Sie sind auch durchaus befugt,
 dafür zu sorgen, daß die Menschen, die eine sozialdemo-
 kratische Überzeugung haben, — von Ihrem Standpunkt
 aus betrachtet — eines Besseren belehrt werden. So-
 lange aber die Menschen eine bestimmte Überzeugung
 haben, sie sei, welche es wolle, verlangt es die einfache
 Konsequenz aus dem allgemeinen Wahlrecht, aus dem
 konstitutionellen Staat, verlangt es die einfache Konse-
 quenz der politischen Moral, daß man diese Überzeugung
 in der gesetzlichen Form der Abgabe eines Wahlzettels
 auch zum Ausdruck kommen läßt, und daß man den-
 jenigen, der von diesem Recht Gebrauch macht, nicht der
 Regierung denunziert als einen Menschen, gegen den sie
 von Staatswegen einschreiten müsse. Ich habe auch
 nichts davon gehört, daß, als in Karlsruhe ein ganz be-
 kannter Zentrumsbeamter — er soll im Nebenamt, ob
 mit Ermächtigung der Großh. Regierung weiß ich nicht,
 Teilhaber einer Buchfabrik sein, die auch Hochzeitsfäden
 liefert (Große Heiterkeit) — das Zentrum öffentlich auf-
 forderte, bei der Wahl für einen Sozialdemokraten zu
 stimmen (Abg. Kolb: Für zwei!) oder gar für zwei,
 von Zentrumsseite etwas gegen ihn geschehen sei. Was
 hat dort die Zentrumspresse, die Zentrumsparlei getan?
 Man hat ihm vielleicht unter der Hand gesagt: „Lieber
 Freund! Recht hast Du gehabt, aber etwas kluger hättest
 Du es anfangen sollen; nach dem berühmten Rezept be-
 treibt man das nicht offen. Ein derartig offenes Zu-

sammenegehen mit den Sozialdemokraten überläßt man ruhig dem Block. Wir sind die besseren Taktiker, wir sind die klugen Männer, und etwas mehr Klugheit hättest Du doch auch an den Tag legen sollen."

Ich war immer überrascht, daß Sie uns so große Vorwürfe daraus machen, daß wir dieses offene taktische Bündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen haben und daß Sie immer leugnen, daß Sie zu verschiedenen Zeiten im wesentlichen ganz dasselbe getan haben. Man kann eben ein Bündnis direkt und indirekt abschließen. Man kann, wie es tatsächlich geschehen ist, so bis bis etwa 6 Wochen vor der Wahl auf die Sozialdemokratie los schlagen; dann läßt man die übliche kluge taktische Schonzeit eintreten und fällt lediglich über den Block her. Dabei werden die Anhänger des Blocks als die geborenen und geschworenen Feinde aller Religion, alles Kirchentums hingestellt, und dann begeistert man in Betätigung echt christlicher Nächstenliebe die armen Menschen zur Befolgung der häßlichen Parole: Wahltag — Zahltag! Dann ist es ganz selbstverständlich, daß ein naiver Mensch, der seine geistige Nahrung ganz oder fast ganz aus einer derartigen haßerfüllten Presse schöpft, wenn es zu einer Wahl zwischen einem so mißhandelten Blockkandidaten und einem offensichtlich geschonten Sozialdemokraten kommt, weiß, was er zu tun hat und tun soll.

Es hat allerdings der Herr Geistl. Rat Wacker auf einer großen Zentrumsversammlung in Offenburg am 20. Februar 1907 gesagt: „Das Zentrum hat eine andere politische Moral, die ihm ein Bündnis mit der Sozialdemokratie aus Rücksichten auf Vaterland, Staat und Kirche nicht gestattet“. Trotz der Rücksicht „auf Vaterland, Staat und Kirche“ haben unter der stillschweigenden und auch ausdrücklichen Bewilligung der Zentrumsführer an mehr als einem Orte die Zentrumsleute für Sozialdemokraten gestimmt, ganz abgesehen von dem offenen Bündnis, das die bayerische Zentrumsparlei mit der dortigen Sozialdemokratie abgeschlossen hat. Ich weiß nicht, ob in Bayern keine Rücksichten auf „Vaterland, Staat und Kirche“ zu nehmen waren. Ganz abgesehen davon ist es eine Tatsache, über die die Herren vom Zentrum nicht hinaus kommen, daß sehr viele Zentrumsleute auch bei uns für Sozialdemokraten gestimmt haben. Das verriet auch nach der Wahl die Freiburger Zentrumszeitung. Es wird in der Nummer vermutlich vom 14. Februar 1907 gesagt: „Wenn in Karlsruhe und Pforzheim am Stichwahltag Nachmittags bekannt geworden wäre“ — bekanntlich haben in Karlsruhe und Pforzheim sehr viele Zentrumsleute für die sozialdemokratischen Kandidaten, unsere Herren Kollegen Eichhorn und Geck, gestimmt — „daß die Sozialdemokraten in Freiburg geschlossen für Oblitzer eintreten, dann wären Geck und Eichhorn in der Verfehlung verschwunden“ (Heiterkeit), d. h. dann hätte das Zentrum eben einfach den Herrn Geck und den Herrn Eichhorn nicht gewählt, dann wäre die Rücksicht auf das Vaterland, auf den Staat und auf die Kirche, nicht das Interesse der Zentrumsparlei der Zeitstern für deren politisches Verhalten gewesen.

Sehr naiv hat eine andere Zentrumszeitung — es ist der „Acher- und Bühler-Vote" — verraten, was wir von der angeblichen Enthaltung und Enthaltbarkeit des Zentrums hinsichtlich der Unterstützung der sozialdemokratischen Partei zu halten haben. Es schreibt: „Wir möchten es denn doch trotz allem, was dagegen spricht, offen heraus sagen: Wo es sich darum handelt, einen Blockmann mit Hilfe der Sozialdemokratie zu Falle zu bringen, sollte man es tun. Man komme mir nicht und sage: das hieße die Ziele der Sozialdemokratie fördern, sondern das heißt, den einen Gegner benutzen, um den

andern zu schlagen. Wer wollte einem Diplomaten, der so handelte, Vorwürfe machen? Wir müßten Lorenz sein, wenn wir den Block groß werden lassen, wo wir ihn klein machen können. Wenn wir dazu die Sozialdemokratie benutzen, wie das eben in Bayern geschehen ist, so haben wir damit nach den Worten der Liberalen nur das kleinere Uebel benutzt, um das größere zu beseitigen. Das darf man vor Gott und der Welt. Das die sozialdemokratischen Bäume doch nicht in den Himmel wachsen, steht auf einem andern Blatt."

Vor der Wahl wurde von dem Ortsauschuß der Zentrumsparlei in Pforzheim ein Flugblatt herausgegeben, in dem folgendes steht: „Katholiken! — das eine „nicht konfessionelle“ Partei selbstverständlich bei den Wahlen immer die „Katholiken“ apostrophiert, verweist sich von selbst. — „Katholiken! Ihr besonders, bayerische Katholiken! Können Ihr einem Sozialdemokraten oder einem Nationalliberalen Eure Stimme geben, ohne daß Euch das Gewissen die Schamröte in das Gesicht treibt? — So hieß es vor der Wahl. Bekanntlich stimmten dann in der Stichwahl doch sehr viele Pforzheimer Zentrumsmitglieder für den Sozialdemokraten und verhalfen ihm zum Sieg. „Das Gewissen sollte ihnen die Schamröte in die Wangen treiben!“ Diese gebrandmarkten Zentrumsmitglieder mögen sich hierfür bei ihrer eigenen Partei bedanken.

Der Herr Kollege Zehnter hat dann auch die einzelnen Parteien Revue passieren lassen und hat sie teilweise sehr von oben herunter abkapitelt. Wir natürlich sind dabei am schlechtesten weggekommen. Warum? Das ist nicht un schwer zu erkennen. Die Konservativen anlangend, wäre es mir außerordentlich interessant gewesen, zu erfahren, wie das Zentrum sich eigentlich zu den Grundfragen, zu den politischen Forderungen der konservativen Partei stellt. Davon hörten wir gar nichts. Der Herr Kollege Zehnter beschränkte sich darauf, eine Fußhand an die Adresse der Herren von der konservativen Partei zu richten mit der Debitation: In Anerkennung treu geleisteter Dienste das dankbare Zentrum (Heiterkeit). Damit war die konservative Partei abgetan, eine Leichtigkeit der Behandlung, die doch der Bedeutung dieser Partei in keiner Weise entspricht. Die Sozialdemokratie? Nun, sie hat auch ihren Teil abbekommen, die Bestrebungen der Sozialdemokratie seien auf „Umsturz“ gerichtet, das Zentrum dagegen sei monarchisch-konservativ, konservativ im guten Sinne.

Es würde zu weit führen, wenn ich jetzt an dieser Stelle über die Sozialdemokratie mich weiter auslassen wollte. Sie wissen, daß, was die politische Seite der Sache anlangt, die Sozialdemokratie im wesentlichen das demokratische Programm vertritt, womit ich durchaus nicht gesagt haben möchte, daß ich immer mit der Aesthetik und der Methode ihrer Propaganda einverstanden bin. Differenzen gibt es wesentlich in dem wirtschaftlichen Endziel. Eine Differenz liegt auch darin, daß wir der Meinung sind, daß der Staat, daß insbesondere der moderne Staat nur dann seine hohe Aufgabe erfüllt, wenn er sich nicht in den Dienst irgend einer Klasse oder eines Standes stellt, womit selbstverständlich nicht ausgeschlossen ist, daß er die berechtigten Anliegen jedes Standes — und insbesondere die Arbeiterschaft hat sehr viele berechnete Anliegen — durchaus in das Bereich seiner Betätigung hineinzieht. Wir stehen auch nicht auf dem einseitig materialistischen Standpunkt, auf dem die Sozialdemokratie steht. Nicht daß wir verkennen wollten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse von wesentlichem Einfluß auf die kulturelle und die soziale Lage des Volkes sind, aber sie sind es nicht allein. Nicht bloß die Zustände tragen an vielem Schuld, sondern auch die Menschen. Nicht bloß die Zustände sind zu ändern, sondern wir haben auch ein wesentliches

Augenmerk darauf zu richten, daß wir in uns selbst die nötige Veredelung vornehmen, daß wir nicht immer nur von Rechten des Volkes und des Einzelnen sprechen, sondern auch von den Pflichten des Volkes und des Einzelnen, und dazu gehört die Pflege der eigenen Bildung, der eigenen sittlichen Veredelung, die Pflege des Pflichtbewußtseins, der Mitverantwortlichkeit, die Stärkung, nicht deren Lähmung sittlicher Energie. Wir fürchten uns aber auch nicht vor der Sozialdemokratie. Wir wissen, daß auch die heutige Grundlage des Staates, die man so gerne als die wesentlichste hinstellt, das Privateigentum dem Flusse des geschichtlichen Wandens nicht entzogen ist und nicht entzogen werden kann. Der starre Begriff des römisch-rechtlichen Privateigentums ist im Laufe der Entwicklung schon längst zerbröckelt. Er ist wesentlich verändert worden durch die Beeinflussung öffentlich-rechtlicher und sozialistischer Maximen aller Art. Ich möchte diejenigen, die noch immer glauben, die Sozialdemokratie sei so ungeheuer gefährlich — obwohl wir weder heute noch morgen oder übermorgen in die Lage kommen werden, über den kollektivistischen Zukunftsstaat abzustimmen —, weil sie eine Aenderung in einer der wirtschaftlichen Grundlagen des heutigen Staates, des Privateigentums, erstrebt, alle die möchte ich ersuchen, einmal das Buch eines sehr konservativen Mannes, des Professors Adolf Wagner, sein Handbuch — Grundlegung heißt der betr. Band — über diese Frage zu lesen. Denken Sie daran, wie die Enteignungsgesetze, wie das Verlangen der Zufuhr des unverdienten Wertzuwachses an den Staat in Wahrheit prinzipiell gar nichts anderes ist, als eine Vergesellschaftung eines gewissen Teiles des Privateigentums. Damit ist natürlich noch lange nicht gesagt — und damit sehen wir wieder in Widerspruch zur Sozialdemokratie —, daß, wenn eine Vergesellschaftung gewisser Teile unseres wirtschaftlichen Lebens, die Vergesellschaftung gewisser Betriebe nicht bloß möglich, sondern eine Notwendigkeit ist, oder auch nur wünschenswert wäre, insbesondere eine Notwendigkeit dann, wenn gewisse Betriebe in Stand gesetzt werden, eine Monopolwirtschaft zu inszenieren, durch die die Allgemeinheit ausgebeutet wird, daß damit auch die Möglichkeit oder gar Notwendigkeit der Vergesellschaftung aller Betriebe überhaupt erwiesen sei.

Wenn nun, wie der Herr Abg. Zehnter gesagt hat, das Zentrum das, was wirklich gut ist, konservieren will, so möchte ich die Frage an die Herren von der Zentrumsparlei richten: „Wollen Sie auch mit uns die wirkliche, die bedeutsamste Grundlage unseres Staates konservieren?“ Die bedeutsamste Grundlage unseres Staates ist — dadurch unterscheidet sich der moderne Staat von jedem anderen — die Garantie der Gewissens- und Denkfreiheit, die Proklamation der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehren, selbstverständlich in den Grenzen der allgemeinen staatlichen Gesetze. Wer staatsertreu sein will, der muß sich zur Anerkennung dieser Grundlage in allen ihren Konsequenzen verstehen und mitwirken, daß alle diese Konsequenzen auch wirklich gezogen werden. In dieser Beziehung (zur Regierung gewendet) haben Sie mit und neben uns auch die Sozialdemokratie als eine wirkliche Stütze dieser wesentlichen staatlichen Grundlage. Ich glaube, sagen zu dürfen, da ist Verlaß auf sie, während es unbefreitbar ist, daß die Zentrumsparlei sich nicht zu dieser Anerkennung des modernen Staates in allen seinen Konsequenzen versteht, verstanden hat und verstehen darf, wenn sie Zentrumsparlei sein will. Es ließe sich das an einer Reihe von Belegen nachweisen, ich will Sie aber, wenn ich nicht durch einen Zwischenruf von der gegnerischen Seite gezwungen werde, zunächst damit verschonen. Nur das Eine sei in Ihre Erinnerung zurückgebracht. Es war die Zentrums-

parlei, welche im Jahre 1895 — es kann das nicht oft genug in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gestellt werden, weil es typisch, weil es symptomatisch ist, weil es beweist, wie das Zentrum seine tiefsten Prinzipien in die Wirklichkeit umsetzt, wenn es die Macht dazu hat — es war die Zentrumsparlei, die im Jahre 1895 anlässlich der Umsturzvorlage in der Reichstagskommission jenen berühmten, ich möchte lieber sagen „berühmten“ Antrag eingebracht hat, daß mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden soll derjenige (und zwar vom Staat der Dent- und Gewissensfreiheit!) welcher, wenn auch in der sachlichsten Form ohne eine verletzende oder kränkende Bemerkung, öffentlich oder vor mehreren Personen oder durch Druck und Bild das Dasein Gottes, die Unsterblichkeit der Menschenseele, den religiösen oder sittlichen Charakter der Ehe oder Familie angreift oder leugnet. Wer also beispielsweise erklärt: Ich bin der Meinung, die Ehe ist zwar eine hohe sittliche Institution, aber keine religiöse, soll an den Staatsanwalt überliefert werden. Das ist ein Stückchen der Zentrumspolitik. (Abg. Dr. Zehnter: Das ist eine sehr alte Geschichte, die haben Sie schon 3 oder 4 Mal vorgetragen.) Gewiß. Aber man kann sie nicht oft genug vortragen. Wenn Sie einmal die Macht zu haben glauben, dann werden Sie mit Ihrem Antrag wieder kommen. Im Jahre 1895 haben Sie einmal die Fühler ausgestreckt, und Sie hätten eine solche Politik durchgeführt, wenn es Ihnen gelungen wäre (Abg. Dr. Zehnter: Und Sie haben damals für das Zentrum gewirkt). Darauf habe ich Ihnen schon auf dem letzten Landtag geantwortet, und ich will das hier nochmals tun. (Abg. Dr. Zehnter: Wir verzichten darauf.) Aber ich nicht! (Lachen) Man muß Ihnen alles ganz genau sagen. Ich habe Ihnen damals sehr klaren Wein eingeschenkt, warum unsere Taktik eine Zeit lang eine andere sein mußte, als sie es jetzt ist. Ich habe mich auch in meiner so viel angegriffenen Schrift „Der Ultramontanismus und das Zentrum“ sehr deutlich darüber ausgelassen. Als im Jahre 1895 das Zentrum diesen reaktionären Vorstoß gemacht hat, da bin ich es gewesen, und das werden mir meine politischen Freunde bestätigen, der erklärte: „Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir auch die Taktik ändern müssen.“ und ich habe damals die Konsequenz aus meinem Standpunkt gezogen und mein Mandat niedergelegt. Ich habe es damals erklärt und zwar auch dem Offenburger Zentrumsführer, der zu mir kam und mich fragte, warum ich mein Mandat niedergelegt habe. Es hatten mir nämlich auch Zentrumsleute ihre Stimme gegeben gehabt, nicht aus Liebe zu mir oder zu meiner politischen Ueberzeugung, sondern weil sie eben gewußt hatten, daß ich als ehrlicher Demokrat, der ich auch heute noch bin, in allen Fragen des Glaubenslebens Jedem dieselbe Freiheit gewähre, die ich für mich in Anspruch nehme. Ich habe erklärt, ich halte mich im Hinblick auf den erwähnten Vorstoß des Zentrums in der Umsturzgesetzgebung verpflichtet, das Mandat in die Hand meiner Wähler zurückzugeben, weil ich nicht wisse, ob ich dennoch deren Vertrauen habe, wenn ich rückhaltlos und scharf gegen jenen Gesetzgebungsversuch vorgehe. Dieser war eben als eine neue Tatsache eingetreten, die zur Zeit meiner Wahl noch nicht vorlag. Ich könne das Mandat nicht weiter in Anspruch nehmen, da ich fürchten mußte, daß die Wähler nicht ganz klar und ganz genau wüßten, wie ich mich tatsächlich stelle. Trotz dieser Erklärung wurde mir damals von Zentrumsseite bemerkt: Wir haben nie von Ihnen verlangt, daß Sie irgendwie eine Konzession in der Betätigung Ihrer Grundsätze machen; wir haben gewünscht, daß Sie auf freidenkerischem Standpunkt stehen,

und daß wir in dieser Beziehung auch keinerlei Wandel in Ihren Ansichten zu erwarten haben, wir haben Sie aber doch gewählt und wählen Sie wieder, und wir entziehen Ihnen das Vertrauen auch jetzt nicht. Meine politischen Freunde waren dagegen der Ansicht, daß im Hinblick auf andere Umstände — es war z. B. das direkte Wahlrecht u. s. w. zu schaffen — damals der Zeitpunkt für eine Aenderung unserer Taktik noch nicht gekommen sei, und ich wurde überstimmt. Ich habe nun meinen Standpunkt noch einmal in aller Öffentlichkeit dargestellt, und diese Darstellung sollte nun endlich der Herr Abg. Zehnter gelten lassen.

Der Herr Abg. Zehnter hat uns Demokraten vorgeworfen, wir hätten unsere Grundsätze umgebogen aus Liebedienerei, wir seien zu Opportunisten geworden usw. Es ist einer der schwersten und kränkendsten Vorwürfe, die man einer Partei machen kann, wenn man sie mit dem Stigma des Verfalls ihrer Grundsätze belegt. Wir haben in dieser Beziehung ein außerordentlich gutes Gewissen. Wenn man uns überhaupt einen Vorwurf machen darf, so könnte es nur der sein, daß wir vielleicht ab und zu zu stark an unseren Grundsätzen festgehalten haben, aber das wäre auch das Einzige, und ob das ein Vorwurf ist, das ist doch eine andere Frage. Wer aber behauptet, daß wir jemals unsere Grundsätze über Bord geworfen hätten, gar zu Zwecken der Liebedienerei, der — ich will einmal sagen — kämpft eben in Gottes Namen „Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht.“ Wir haben nun allerdings erfahren, worin dieser Bruch unserer Grundsätze vor allem liegen soll: Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat uns das Wort Kolonialpolitik entgegengerufen. (Abg. Dr. Zehnter: Das ist nur eines!) Aber wollen Sie mir nicht vielleicht durch Zwischenrufe gleich, noch ein anderes sagen, damit ich Ihnen dienen kann?

Vizepräsident Dr. Heimburger (der kurz nach halb 11 Uhr das Präsidium übernommen hat): Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen.

Abg. Muser: (fortfahrend): Ich muß mich selbstverständlich dem Wunsche des Herrn Präsidenten fügen, aber es gibt doch Zwischenrufe, für die man dankbar sein kann. Nun, ich nehme also an, es wird mit den anderen Punkten ebenso bestellt sein. Eigentlich werden mit zunehmendem Alter die Leute sonst etwas ruhiger, aber der Führer der Zentrumsparthei, der doch als Führer eine gewisse Ruhe und Ueberlegung bewahren sollte, wird immer unruhiger (Heiterkeit). Es wäre mir das nicht verständlich, wenn ich nicht glauben müßte, das schlechte politische Gewissen habe den Herrn etwas nervös gemacht (Heiterkeit). Nun also, ich wollte sagen: Die Demokratie hat doch nie verlangt, daß man eine Kolonialpolitik unterlasse, sie war nie eine grundsätzliche Gegnerin einer vernünftigen und gesunden Kolonialpolitik. Ich erinnere Sie nur an die Formel, die wir immer gebraucht haben: „Der Kaufmann, nicht der Assessor soll kolonisieren!“ Mit der Richtung und mit der Methode der Kolonialpolitik aber und mit manchem, was unter dem Namen kolonialpolitischer Arbeit geleistet worden ist, waren wir allerdings nicht einverstanden, und mit dem werden wir auch in alle Zukunft nicht einverstanden sein. Nachdem aber die Kolonialpolitik eingeleitet war, nachdem nicht bloß Millionen an Geld an die Kolonien gesteckt waren, sondern auch, was noch viel wichtiger ist, deutsche Brüder und Söhne in Afrika geblutet haben und noch bluteten, da wäre es pflichtvergessen von der Demokratie gewesen, wenn sie um deswillen, weil sie mit der ursprünglichen Richtung der Kolonialpolitik nicht einverstanden war, in einem hochkritischen Augenblick die nötigen Mittel verjagt

hätte. Wir halten es aber auch in anderen Beziehungen so, beispielsweise: Sind wir an der Lebensmittelpreiserhöhung schuld? Haben wir an dem Zolltarif mitgewirkt? usw. usw. Haben wir im Reichstag die Ausgaben bewilligt, deren Aufbringung jetzt so erhebliche Kosten verursacht? Gewiß nicht! Was würden Sie nun aber von uns sagen, wenn wir aus dem Grunde, weil wir zu jenen nicht mitgewirkt haben, uns jetzt auch der vaterländischen Pflicht entziehen wollten, für die Deckungsmittel aufzukommen, ganz nach Ihrem Rezept: „der Bloß soll es machen, der Bloß soll jetzt die ganze Finanzreform durchzuführen“, nebenbei bemerkt, eine ganz klassische Bankrotterklärung der Finanzkassen des Zentrums? Nein, eine solche Politik mögen Andere treiben; wir treiben sie nicht!

Vielleicht gestattet mir aber der Herr Abg. Zehnter, was die Verlegung von Grundsätzen anbelangt, auch etwas aus der Geschichte der Zentrumsparthei selbst mitzuteilen. Sie sind ja so außerordentlich gute Freunde zu dem Bunde der Landwirte, eine Freundschaft, um die ich Sie aus verschiedenen Gründen durchaus nicht beneide; noch viel weniger beneide ich Sie um die Art der Betätigung dieser Freundschaft. Für den Bund der Landwirte reisen jede Woche einige Herren der Zentrumsparthei in den Wahlkreis Schoppeim. Ich habe hier eine Zentrumszeitung vor mir, das „Donndorfer Volksblatt“ — es ist die Nummer vom 14. Dezember 1907, also etwas älter als ein Monat —, in dem sich ein Artikel befindet, der folgendermaßen lautet: „Katholische Landwirte des Bezirks, wir machen Euch darauf aufmerksam, daß dieser Bund der Landwirte eine durchweg unkirchliche u. katholikenfeindliche Stellung in Preußen eingenommen hat. Darum laßt Euch nicht verleiten durch hohle Phrasen und großartige, preukische Sprüche! (Heiterkeit.) Wenn es sich handelt um Eure Standesinteressen, so habt Ihr als passenden Verein den badischen Bauernverein, den landwirtschaftlichen Verein, Genossenschaften u. andere verwandte Vereinigungen, Ihr braucht nicht noch diesen von Preußen importierten antikirchlichen Bund der Landwirte.“ (Heiterkeit.) Nun mutet man plötzlich den Zentrumswählern im Bezirk Schoppeim eine doch etwas allzu rasche „Umbiegung der Grundsätze“ und eine etwas allzu plötzliche „Liebedienerei“ dem Bund der Landwirte gegenüber zu. (Zuruf des Abg. Kolb: Demen kann man alles zumuten!) „Verführen“ die Zentrumsagitatoren im Schoppeimer Bezirk also die Bauern zugunsten des unkirchlichen, katholikenfeindlichen, antikirchlichen Bundes der Landwirte?

Die Sache hat aber noch eine andere Bedeutung, die mir nicht minder bedenklich zu sein scheint. Es ist ja soweit gekommen — und das ist das Betrübenste an der ganzen Affäre —, daß Sie schließlich Jeden ungelesen unterstützen, wem er nur eine Kandidatur gegen den Bloß annimmt, ohne jegliche Prüfung, ob der Kandidat, dem Sie zu der Ehrenstellung eines badischen Volksvertreters verhelfen wollen, auch die nötige Qualifikation dazu besitzt, ohne Rücksicht darauf, ob sich eine solche Wahl mit dem Ansehen und der Würde unserer Volksvertretung vereinbaren läßt. Ich meine, eine Volksvertretung soll sich Respekt verschaffen nicht bloß durch das, was sie tut, sondern auch durch das, was und wie sie ist. Und wenn man nun, wie es tatsächlich der Fall ist, erleben muß, daß hier vom Zentrum ein Kandidat unterstützt wird, der einige Tage vor der Nominierung des liberalen Gegenkandidaten Mitglied der liberalen Partei gewesen ist, der bei der Aufstellung des liberalen Kandidaten Nies mitwirkte, der bei der Frage, ob Nies zum liberalen Kandidaten aufgestellt werden soll, mit aufstand, wenn dann der Mann andern Tags sich als Kandidat der Gegenparthei, des Bundes der Land-

wirte, aufstellen läßt, und es außer allem Zweifel steht, daß er nicht deswegen zum Kandidaten des Bundes der Landwirte gewählt worden ist, weil er plötzlich bündlerische Anschauungen bekommen hätte, wenn es vielmehr feststeht, daß er sein politisches Glaubensbekenntnis revidiert hat, nachdem und weil er eben nun von den Gegnern aufgestellt ist — wenn man da kein Bedenken trägt, einen solchen Mann auf seinen Schild zu erheben, so bleibt das, es mag da droben in diesem Bezirk ausgehen, wie es will, eine moralische Niederlage für die Zentrumspolitik in jedem Fall. Ich meine, Sie (zum Zentrum) da drüben hätten doch mit uns allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die Politik nicht zu einer Zuchtsschule der politischen Charakterlosigkeit wird! (Abg. Kolb: Sehr gut!). Nun frage ich Sie (zum Zentrum): Sie haben uns den Vorwurf der „Liebedienerei“, der „Preisgabe unserer Grundsätze“ gemacht. Zu Unrecht. Ihnen dagegen kann er mit Recht gemacht werden. Sie wehren sich immer, und auch Herr Kollege Giesler hat sich mit vollem Nachdruck gegen die Behauptung gewehrt, daß mehr als einmal Rücksichten auf die Kirchenpolitik auch die staatspolitischen Entschlüsse der Zentrumsparthei beeinflussten. Ich will Ihnen ein einziges Beispiel aus der politischen Geschichte der Zentrumsparthei mitteilen, und wer sich diese Geschichte einigermaßen zu Herzen nimmt, wird in Zukunft nicht mehr zu behaupten wagen, daß in allen großen staatlichen, politisch staatlichen Fragen die Zentrumsparthei wirklich nur nach rein politischen Erwägungen gehandelt habe. Was ich Ihnen hier mitteile, entnehme ich aus einem Buch, das einer aus Ihrer Partei geschrieben hat: es ist das Buch von Rajunke, „Geschichte des Kulturkampfes in Preußen-Deutschland“. Rajunke ist früher „Germania“-Redakteur und langjähriger Zentrumsabgeordneter im Reichstag gewesen. Er behandelt in diesem Buche die Septennatsgeschichte, bzw. die Haltung der Zentrumsparthei in der Septennatsfrage. Bekanntlich kam diese rein staatliche Angelegenheit in verschiedenen Reichstagen zur Abstimmung. Das Zentrum hat mehrere Male dagegen gestimmt, bei der letzten Abstimmung aber sich der Abstimmung enthalten. Warum, frage ich, hat das Zentrum zunächst dagegen gestimmt, und warum hat es dann in Venderung dieses seines Standpunktes sich der Abstimmung enthalten? Rajunke schreibt: „Das Zentrum hatte bisher (bis 1887) zweimal geschlossen — bis auf eine einzige Ausnahme — gegen das Septennat gestimmt, ob schon manche Mitglieder der Fraktion an sich dafür gewesen wären. Indes zur Zeit des Kulturkampfes kam es vor allem darauf an, daß eine kirchenfeindliche Regierung nicht gestärkt würde, und so hatten die septennatsfreundlichen Mitglieder des Zentrums bis auf die erwähnte Ausnahme aus kirchenpolitischen Gründen — das Wort „kirchenpolitischen“ ist von Rajunke gesperrt gedruckt — mit der Mehrzahl ihrer Fraktionsgenossen zweimal gegen das Septennat votiert.“ Also aus „kirchenpolitischen“ Gründen haben Sie (zum Zentrum) gegen das Septennat gestimmt, also in einer rein staatlichen Angelegenheit, und da wollen Sie noch behaupten, daß für Sie kirchenpolitische Nebenzwecke absolut nicht verfangen, und da wollen Sie Anderen ein Umbiegen der Grundsätze und eine Liebedienerei vorwerfen! Weiter. Rajunke fährt fort: „Diesmal (1887) hatte sich indes die Sachlage anders gestaltet.“ Politisch war die Frage aber ganz dieselbe. „Diejenigen Mitglieder der Fraktion, welche aus sachlichen und allgemein politischen Gründen das Septennat angenommen wünschten, glaubten, durch die inzwischen veränderte kirchenpolitische Situation nicht mehr behindert zu sein, um ihrer freien po-

litischen Ueberzeugung durch ihr Votum Folge geben zu können. Da es aber den Anschein hatte, daß die Zentrumsführer ihre Kollegen für ein geschlossenes Vorgehen gegen das Septennat zu gewinnen suchten, wandte sich der Reichskanzler an den Papst um Hilfe, damit dieser womöglich das ganze Zentrum zu einem einhelligen Votum für das Septennat veranlasse. Der Papst intervenierte in der Tat. Darum schrieb Kardinal Jacobini im Auftrage des hl. Vaters unter dem 3. Januar 1887 an den Münchener Raimund di Pietro, dieser möge die Führer des Zentrums aufs lebhafteste dafür interessieren, daß sie ihren ganzen Einfluß bei ihren Kollegen anwenden und denselben versichern, daß sie durch Unterstützung des Septennates dem Heiligen Vater eine große Freude bereiten, und daß das für die Sache der Katholiken sehr vorteilhaft sein würde.“ Dieser erste Brief blieb erfolglos. Trotz dieses Briefes stimmte das Zentrum damals gegen das Septennat. Und diese Tatsache wird vom Zentrum immer mit besonderem Nachdruck in die Öffentlichkeit gerückt zum Beweise dafür, daß selbst ein Wunsch des Papstes das Zentrum von seiner politischen Haltung nicht hätte abbringen können. Man verschweigt nur die eine Tatsache, die wir auch aus Rajunke erfahren, daß nämlich die Zentrumsführer diesen Brief des Papstes nur einzelnen Mitgliedern der Fraktion mitgeteilt haben; die Zentrumsfraktion als solche hatte von diesem Schreiben des Papstes gar keine Kenntnis. Rajunke sagt: „Es hielten sich die Führer (des Zentrums) für berechtigt, ihren Kollegen den päpstlichen Wunsch vorzuenthalten.“ Sie teilten denselben nur einzelnen Mitgliedern mit. Das Zentrum stimmte dann am 11. Januar 1887 gegen das Septennat und der Reichstag wurde aufgelöst. Nun kam aber ein zweiter Brief des Papstes, in dem es heißt: „Wenn der Heilige Vater geglaubt hätte, dem Zentrum seine Wünsche hinsichtlich des Septennates auszusprechen zu müssen, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß diese Frage mit Fragen von religiöser und moralischer Bedeutung zusammenhängt usw. . . . Die vorstehenden Betrachtungen, die nach der Anschauungsweise des Heiligen Stuhles auf die mit dem Septennat zusammenhängenden religiösen und moralischen Fragen sich beziehen, hatten den Heiligen Vater veranlaßt, seine Wünsche dem Zentrum zu erkennen zu geben. Das gegenwärtige Schreiben, das, gleich dem früheren, die erhabene Ansicht Seiner Heiligkeit wiedergibt, wollen Sie dem Baron Frankenstein mitteilen und ihm einschärfen, es zur Kenntnis der Zentrumsmitglieder zu bringen.“ Jetzt erfolgte die Mitteilung des Schreibens des Papstes an die Zentrumsabgeordneten, und im neuen Reichstag — der alte war wegen der Septennatsgeschichte aufgelöst worden — enthielten sich 83 Zentrumsmitglieder der Abstimmung und 7 stimmten sogar für das Septennat!

Ich könnte Ihnen noch andere Belege in dieser Richtung bringen, aber es würde zu weit führen. Der Herr Kollege Dr. Zehnter hat auch die Vorgänge bei unseren linksliberalen Parteiblätern in die Generaldiskussion hereinziehen zu müssen geglaubt. Er weiß wohl nicht, daß diese Schwierigkeiten darin ihren Grund hatten, daß wir mit dem Verleger in gewisse Differenzen geraten waren. Aber das gebe ich Ihnen durchaus zu, wir besitzen nicht soviel Abonnenten wie Sie; aber ob Sie das Recht haben, in jedem Falle auf diese große Abonnentenzahl stolz zu sein, das ist eine andere Frage (Abg. Dr. Zehnter: Sie haben lauter Qualitätsleser! Geisterheit!). Das behaupte ich nicht, Herr Kollege Zehnter! Ich weiß auch nicht, ob Sie ein sehr eifriger Leser unserer Zeitung sind, glaube es aber nicht, sonst müßten Sie über unsere Verhältnisse etwas besser orientiert sein. Ich muß

also gesehen, für einen Qualitätsleser halte ich Sie nicht (Geiterkeit). In dem sogenannten Christlichen Familienblatt, das ist eine Beilage zu einer Reihe von Zentrumszeitungen, vom Oktober 1904 heißt es: „Leset katholische Blätter!“ Ein hervorragender Jesuitenpater sagt: „Unsere katholische Zeitung sei der Katechismus des 20. Jahrhunderts“ (Geiterkeit links; Zuruf des Abg. Fröhlich). Die „Volkzeitung“, das Organ des bekannten verstorbenen Kaplans Dasbach hat seinerzeit einen Artikel gebracht, überschrieben: „Darf jemand, der liberal wählt, absolvieren?“ Diese Frage schon ist eine Ungeheuerlichkeit. In dem Artikel dann heißt es: „Wenn ein Katholik liberal gewählt hat, aber dieses Verbrechen gegen seine geistige Mutter, die Kirche, von Herzen bereut, und fest entschlossen ist, dasselbe nie wieder zu begehen (Geiterkeit links), dann steht seiner Losprechung nichts im Wege, und jeder Priester wird ihn losprechen. Wie aber, wenn er seinen Fehler nicht bereut und entschlossen ist, bei nächster Gelegenheit wieder liberal zu wählen?“ Es werden dann zwei Fälle als möglich bezeichnet, und für den einen Fall, wenn der Katholik, obgleich er einzieht, welches ungeheuerliches Unrecht der Liberalismus nach allen Richtungen hin begehen will, trotzdem das „Verbrechen“ begeht, wieder liberal zu wählen, wird dann gesagt, daß „er so schwer sündigt“, daß „kein Priester der ganzen Welt bereit sein wird, ihn loszusprechen.“

Nach der „Oberhessischen Volkszeitung“ hielt kürzlich zu Katibor der Pater Bändisch „eine flammende Propagandarede für die katholische Presse“ und sagt u. a.: „Was ist denn die katholische Zeitung? Die katholische Zeitung ist nichts anderes als der Taufschein des Katholiken des 20. Jahrhunderts! Und was ist denn der Taufschein? Bei vielen Katholiken ein ganz elender Wisch. Sie geben nichts auf den Taufschein; „was geht mich der Taufschein an“, hört man häufig Katholiken reden. Ich sage: Der Taufschein ist ein wichtiges Dokument: er ist die Eintrittskarte ins Himmelreich.“ Die „Oberhessische Volkszeitung“ konstatiert dann auch: der Erfolg dieser Rede sei ein „nicht gezählter“ gewesen, die Zeitung habe sofort 200 neue Abonnenten gewonnen.

Und so weiter, meine Herren! Ich denke, das genüge, wenn notwendig, stehe ich noch mit mehr zur Verfügung.

Mangels Zeit kann ich auf den Vorwurf der Kullurfäuferei leider nicht weiter eingehen, vielleicht wird er wiederholt, so daß mir Gelegenheit gegeben wird, dann ein anderes Mal darauf zu erwidern. Aus dem gleichen Grunde kann ich auch heute nicht die Behauptung zurückweisen, als ob das Zentrum wirklich für „die christliche Weltanschauung“ eintrete; kann ich auch nicht darlegen, daß, wenn die Herren Konfessionellen einmal genötigt würden, eine einheitliche „Formel“ dafür zu finden, was man unter „christlicher Weltanschauung“ verstehe, sie sich in den nächsten Augenblicken selbst in den Haaren lägen. Auch auf eine Prüfung der Frage muß ich verzichten, in welche Beziehung denn diese christliche Weltanschauung zum Staat gebracht wird, ebenso auf die Darlegung, daß wir weit davon entfernt sind, irgendwie zu verlangen, daß der Staat ein antichristlicher sein soll; daß wir weit davon entfernt waren und entfernt sind, eine Entreligionisierung unseres Volkes vorzunehmen, oder einer solchen irgendwie das Wort zu sprechen. Ich kann leider heute auch nicht nachweisen, daß auch die Trennung von Staat und Kirche diese Konsequenz nicht hätte, und daß (zum Zentrum) Sie selbst schon in Ihrem Wahlprogramm sich für eine solche Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen haben usw. usw. Denn ich bin leider genötigt zum Schluß noch auf einige sehr persönliche Angelegenheiten zu sprechen zu kommen.

Der Herr Kollege Zehnter hat zunächst wieder (ich muß sagen: wieder) die Frage des Gebetbuchs zum Gegenstand seiner wiselnden Ausführungen gemacht. Warum eigentlich? Wir haben uns doch auf dem letzten Landtag darüber sehr ausführlich ausgesprochen. Also wozu dann das nochmal, und warum gerade von Seiten des Herrn Abg. Zehnter, der immer darauf hinweist, daß unsere Verhandlungen abgekürzt werden sollen? Die Verantwortung, daß ich jetzt diese Geschichte hier wiederholen muß, und überhaupt die Verantwortung dafür, daß nicht bloß unsere Diskussion einen gewissen giftigen Charakter angenommen hat, sondern auch eine Zeit beansprucht, die wir füglich für die Behandlung unserer sachlichen Angelegenheiten hätten verwenden können, diese ganze Verantwortung muß ich (zum Zentrum) auf Ihre Schultern abwälzen. Denn ich wiederhole es nochmals und meine Freunde werden es mir bestätigen: ich wollte in der ganzen Diskussion überhaupt nicht das Wort ergreifen.

Es wird also die Sache so dargestellt, als wäre ich im Lande herumgezogen und hätte da Vorträge über das Gebetbuch gehalten. Das ist nicht richtig. Ich habe, als ich dazu überging, die Kampfesweise des Zentrums zu beleuchten, allerdings davon gesprochen und ich wiederhole es hier in aller Öffentlichkeit, daß diese Kampfesweise sich gerade dadurch so unangenehm auszeichne, daß man auf Seiten des Zentrums keine Scheu trage, auch religiöse Gefühle und Empfindungen unserer katholischen Mitbürger mit hereinzuziehen, daß man keine Scheu empfinde, auch religiöse Institutionen geradezu zu mißbrauchen, und das, was jedem das Höchste und Heiligste sein muß oder sein sollte, seine Religion, von dem hohen Biedestal, auf dem sie stehen sollte, in den Staub der Herberstraße herunterzuziehen, auf der die politischen Parteien marschieren.

Das habe ich gesagt, und als einen Beleg für diesen Mißbrauch habe ich unter anderem auch das famose Gebetbuch angezogen, und dabei mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß man mit Oberhirtlicher Genehmigung ein solches Buch herausgegeben habe. Ueber die Gebete darin habe ich kein Wort gesprochen. Ich würde das auch nie tun und habe es nie getan; ich war selbst einmal sehr strenggläubig und weiß von jener Zeit her noch so viel, daß man vor jedem echten Glauben Respekt zu haben hat. Und dieses Gebot des Taktes und des Anstandes zu befolgen, wird mir gar nicht schwer, das gestehe ich offen; es ist meine tiefinnerste Ueberzeugung, was ich ausgesprochen habe, und ich habe es immer tief bedauert und beklagt, wenn ich irgendwie einmal Zeuge davon sein mußte, daß man das religiöse Empfinden irgend eines Menschen tangiert hat.

Allerdings habe ich dieselbe Behandlung im politischen Kampfe nicht gefunden. Dafür als Beweis nur eine Episode, die mir eben ins Gedächtnis fällt, und auch typisch ist für die Art, wie man Gegner behandelt. Ich glaube, es war in Schenkzell, als ich eine politische Rede hielt. Schenkzell ist ein durchaus katholischer Ort, und gerade in dem Zeitpunkt, in dem ich sprach, hat die Betglode gekläut und die Leute haben Gut und Mühe vom Kopfe genommen. Ich muß gestehen, das hat und hatte für mich immer etwas außerordentlich Rührendes. Selbstverständlich habe ich dann in meinen politischen Ausführungen inne gehalten und ruhig gewartet, bis meine Zuhörer diesen Akt ihres religiösen Empfindens vollendet hatten. Eine Zentrumszeitung registrierte diesen Vorgang und konstatierte, daß ich wohl in Erinnerung an meine gläubige Jugendzeit das getan hätte, um dann den skandalösen Schlußsatz daran zu knüpfen, ich hätte das allerdings „vor der Wahl“ so gemacht, ob es auch

nach der Wahl geschehen wäre, das sei eine andere Frage, die man nicht entscheiden könne (Bewegung links — Pfui-rufe). Mich berührt das weiter nicht. Ich habe immer befunden, daß derartige Dinge vielmehr die Charakteristiken, die sie vornehmen, als sie den verletzen können, gegen den sie gerichtet werden.

Was also dieses Gebetbuch anbelangt, so habe ich, und zwar mit vollem Ernst gesagt, es gehöre doch nicht in ein Gebetbuch, daß man über den Liberalismus losziehe, und zwar in der unverantwortlichsten Weise, daß man da ein Kapitel überschreibe: „Wie wählst Du?“ und darin u. a. ausführlich, daß ein Verräter sei, wer nur liberale Zeitungen lese“ usw. (Seite 76), und daß man ferner auch über gemischte Ehen hier spreche und den Leuten, die eine gemischte Ehe eingegangen haben, den Vorwurf mache, sie seien ihre Kinder „der Gefahr der ewigen Verdammnis“ aus usw. Ich habe gesagt: Man muß doch auch einem Kinde das Gebetbuch in die Hand geben dürfen. Und wie, wenn ein Kind aus einer gemischten Ehe dieses Buch in die Hand bekommt und das Kapitel „Ueber die gemischten Ehen“ aufschlägt und da jene furchtbare Anklage liest, die gegen seine Eltern erhoben wird? Welche Verwirrung wird in einem solchen Kinde angerichtet werden, und wie wird ein solches Kind sich schließlich mit der Beobachtung des vierten Gebots abfinden können? Wenn jemand nach der Mithalen der Woche am Sonntag den Gottesdienst besucht, wenn er da den Frieden seiner Seele sucht, innere Erhebung finden will, und er schlägt ein Buch auf, in dem er dann derartige Belehrungen politischer Art findet, die nichts weniger als dazu angetan sind, jene Stimmung des Friedens, jenes Gottesfriedens in ihm aufkommen zu lassen — ja, wer schädigt denn nun eigentlich die Religion und das religiöse Empfinden? Sind wir es, die wir gegen einen derartigen Mißbrauch einer religiösen Institution protestieren, oder sind es nicht vielmehr diejenigen, die von einem solchen Mißbrauch wahlpolitisch profitieren wollen? Ist es ein Unrecht, wenn ich gerade Sie (zum Zentrum), die Sie sich doch immer als die professionellen Patronen christlichen Lebens aufspielen, aufrufen möchte, dafür zu sorgen, daß ein derartiger Mißbrauch abgeschafft wird? Statt dessen werfen Sie mir vor und machen sich über mich lustig, daß ich einen derartigen Mißbrauch gezeihelt habe.

Es war auch von dem Herrn Abg. Zehnter sehr unklug, nicht bloß ungerecht, das Gebetbuch überhaupt zu erwähnen. Denn der Herr Abg. Zehnter, der damals die Fraktionschef, hat im letzten Landtag — ihm muß ich es zur Ehre anrechnen — das sogenannte Gebet- und Belehrungsbuch in Wahrheit von sich abgeschüttelt. Er hat im Hinblick auf meine Ausführungen gesagt: „Also mit dem Doktor Josef Anton Keller“ — das ist der Verfasser des Buches — „es ist kein theologischer Doktor“ usw. „wird hier nicht overiert werden können, und was es mit der Druckerlaubnis ist, ich meine, das muß, nachdem doch einmal dieses Gebetbuch ständig eine Rolle spielt, eben auch einmal gesagt werden, wenn einem auch die Person leid tut“ — nicht die Person desjenigen, der gegen diesen Mißbrauch protestiert hat, sondern die Person des Verfassers des Buches — „in Freiburg, glaube ich, bekommt der Herr Pfarrer Keller keine oberkirchliche Genehmigung für sein Druckwerk. Er ist nach Revelar gegangen“. Warum bekommt er sie denn in Freiburg nicht, wenn die Sache nicht zu beanstanden ist?

Also damals eine vornehme Abschüttelung, eine durchaus verdiente Abschüttelung dieses Buches seitens des Zentrumsführers, was allerdings dann die Zentrumsqagitatoren nicht abgehalten hat, sofort nachher wieder auf dieses Gebetbuch in derselben Weise zu sprechen zu kommen, wie es der Herr Abg. Zehnter jetzt getan

hat. Es hat auch den „Radikalen Beobachter“ nicht abgehalten, zu schreiben, dieses Gebet- und Belehrungsbuch sei „im vollsten Sinne des Wortes das, was es sein will: ein Gebet- und Belehrungsbuch für die katholischen Männer. Wenn nur die Hälfte der Belehrungen . . . beherzigt und befolgt würden, wahrlich, es stände besser um die leibliche und geistige Wohlfahrt des Volkes“.

Als der Herr Kollege Zehnter seinen Ausfall wegen des Gebetbuchs gegen mich gemacht hat, ist seine Fraktion in Heiterkeit ausgebrochen. Das ist auch charakteristisch, das ist auch typisch. Ob Sie, wenn Sie einmal mit sich zu Räte gehen, stolz auf diese Heiterkeit sein können, das ist eine Frage, die ich Ihnen und Ihrem eigenen Gewissen überlassen will.

Sodann hat auch der Herr Abg. Zehnter geglaubt, mich persönlich anzugreifen zu müssen und zu dürfen. Es ist mir in der Seele zuwider, daß ich genötigt bin, auch darauf zu erwidern. Denn eigentlich ist doch der Landtag nicht die Stätte, an der wir literarische Feinden auszutragen haben. Es ist nicht einmal der Ort, an dem wir berechnigte persönliche Ausstellungen an dem einen oder andern Kollegen zu machen das Recht haben, geschweige denn völlig unberechnigte. Es muß doch als eine Verirrung unserer Debatten, als eine Schädigung des Ansehens der Volksvertretung bezeichnet werden, wenn wir dem Lande das Schauspiel bieten, daß wir da, wo wir im Dienste des Vaterlandes unsere Pflicht tun sollen, persönliche Differenzen austragen (Abg. Dr. Zehnter: Ich habe keine persönlichen Differenzen mit Ihnen. Ich habe doch den Schriftsteller zu behandeln, nicht die Person!). Es gibt Behauptungen, und diese gehört dazu, auf die nicht zu antworten, glaube ich, die beste Antwort ist. Ich habe mir nun zunächst die Frage vorgelegt: „Soll ich überhaupt auf die persönlichen Anwürfe etwas antworten? Soll ich jene Vorwürfe an dieser Stelle nicht mit Stillschweigen übergehen?“ Ich kam zur Ansicht: „Nein, ich muß etwas darauf erwidern, denn wenn ich es nicht täte, so würde man nach bekannten Zentrumsmustern mir nachsagen, ich hätte nicht geantwortet, weil ich nicht antworten konnte.“ Warum habe ich aber Bedenken getragen, überhaupt eine Antwort zu geben? Ich will es Ihnen sagen: Das Auftreten des Herrn Dr. Zehnter machte mich stutzig. Nachdem er so deutlich, daß es für niemanden unmerkbar war, wen er meinte, seine Angriffe gegen mich gerichtet hatte und ich ihm einen Zwischenruf entgegenhielt, dann sagte er: er habe ja meinen Namen nicht genannt. Ich bin erschrocken, als ich das hörte. Ich bin nicht erschrocken für mich (Abg. Dr. Zehnter: War da etwas zu erschrecken?). Sie hätten Anlaß gehabt, zu erschrecken, nachdem Ihnen der ominöse Satz entfahren war. Ich bin, sage ich, erschrocken, nicht für mich, sondern für Sie. Es tat mir leid, nicht für mich, sondern für Sie. Und daß die Zentrumsfraktion gerade auch an dieser Stelle der Zehnterischen Rede in Heiterkeit ausgebrochen ist, das ist charakteristisch — verzeihen Sie mir den Ausdruck — für die Feinheit Ihres Empfindens.

Ich habe auch aus einem anderen Grunde zuerst Bedenken getragen, dem Herrn Abg. Zehnter zu antworten. Das ist der: Es ist nicht das erste Mal, daß ich ihn darauf erbatte, daß er sehr leichtsin gegen Personen, und zwar auch gegen Personen, die viel höher stehen als ich, der ich ein ganz bescheidener Landtagsabgeordneter bin, sehr ungerechtfertigte und verletzende Bemerkungen gemacht hat, und zwar in aller Öffentlichkeit. Ich hatte einmal in einem der letzten Landtage Gelegenheit, bei einer sehr lebhaften Diskussion zu behaupten, daß von kirchlich-katholischer Seite das Institut der staatlichen Ehe ein „le-gales Konkubinat“ oder sogar ein „schändliches und

fluchwürdiges Konkubinat" genannt werde. Der Abg. Dr. Zehnter machte mir damals den Zwischenruf, der lautete: „Das sagen nur Stribenten!“ Als ich ihm nun auf diesen Zwischenruf erwidern wollte, verließ Herr Zehnter den Saal! Wenn ich boshaft, wenn ich aggressiv sein wollte, so müßte ich sagen: excessit evasit, erupit (Geiterkeit). Eine Antwort gab er mir nicht. Das ist nun nicht das einzige Bedenkliche in dem Verhalten des Herrn Abgeordneten Zehnter, sondern vorwiegend das ist es, daß die Behauptung, die staatliche Zivilehe sei ein schändliches und fluchwürdiges Konkubinat von zwei Päpsten gemacht worden ist, daß also Herr Zehnter diese unter die „nur Stribenten“ warf. Professor Heiner, Professor der katholischen Theologie an der Universität Freiburg, teilt uns jene päpstlichen Aussprüche in seinem Grundriß des katholischen Eherechts, Seite 32, mit. Wir erfahren dort, daß Pius IX. in seiner Allocution vom 27. September 1852 die staatliche Zivilehe „schändliches u. fluchwürdiges Konkubinat“ u. später Papst Leo XIII. „legales Konkubinat“ geschmäht hat. „Nur Stribenten!“ (Geiterkeit), nannte sie der Herr Abg. Zehnter, der Führer der badischen Zentrumsfraktion! Sie werden nun begreifen, warum ich schwankend geworden bin, ob ich ihm eine Antwort auf seine Angriffe gegen mich zu geben habe. Wenn zwei leibhaftigen Päpsten, Persönlichkeiten in dieser Stellung und von dieser Bedeutung — ich sage das in vollem Ernste — Persönlichkeiten, die als solche respektiert und anerkannt werden auch von denen, die nicht der katholischen Kirche angehören, — in öffentlicher Sitzung des Landtags der Vorwurf gemacht wird, sie seien „nur Stribenten“, dann hat doch wohl derjenige, der sie zu solchen gestempelt hat, keinen Anspruch darauf, daß man die schlechten Leumundszeugnisse, die er andern Menschen ausstellt, irgendwie tragisch nimmt. Interessant war nebenbei bemerkt, daß damals auch die Rede des Herrn Abg. Zehnter den Beifall der Zentrumsfraktion gefunden und daß sich keiner aus ihr erhoben hat, um für diese beiden Päpste einzutreten (Geiterkeit). Was wäre denn geschehen, wenn der Herr Abg. Zehnter hier auf unserer Seite des Hauses geseßen und von dieser aus einen derartigen Satz ausgesprochen hätte? (Sehr gut!) Wie würde man über den Liberalismus und die Liberalen aller Schattierungen hergefallen sein, mit welchem Pathos der Entrüstung würde man hinausgeschrien haben in die ganze Welt: Da seht Ihr, worauf es den Liberalen ankommt! Das, was uns Katholiken heilig u. ehrbar ist, respektieren sie nicht bloß nicht, sondern sie ziehen es in den Staub herunter! Unser heiliger Vater ist „nur ein Stribent!“ (Geiterkeit.) Ihr Katholiken (hätte es geheißen), denkt daran am Wahltag, denkt an die Laten eines Boethling, eines Schwarz, eines Zehnter, denkt daran! Wahltag — Jahrtag! (Große Geiterkeit.)

Ich will nun aber trotz alledem eine Antwort geben, wenn sie auch an dieser Stelle naturgemäß nicht erschöpfend ausfallen kann. Ich bin aber auch bereit, auf alle Punkte einzugehen, auf die Sie Ihre persönlichen Angriff gegen mich stützen zu können vermeinen. Ich sage das in aller Deffentlichkeit. Wenn Sie glauben, die Verantwortung dafür übernehmen zu können, daß wir die literarische Fehde hier im Landtag zum vollen Austrag bringen, nun, es liegt in Ihrer Hand. Sie dürfen dann nur die einzelnen Punkte, die ich jetzt nicht beantworte, herausgreifen und mich dadurch zwingen, dann in einer späteren Rede auf sie einzugehen. Ich kann dann auch das übrige, was ich jetzt aus Zeitmangel zurückstellen muß, noch anbringen. Wie gesagt, ich stehe zur Verfügung. Für jetzt nur einige Stichproben, die ich deswegen herausgreife, weil sie über das rein persön-

liche Interesse hinauswachsen und für die Kampfesweise der Zentrumspresse typisch sind. Eines schönen Tages mußte ich in „Badischen Beobachter“ einen Artikel lesen mit der Ueberschrift: „Mut des Herrn Abg. Müller“. Ich war gespannt zu erfahren, welchen tadelnswerten Mut ich an den Tag gelegt haben soll, und was war es? Man warf mir vor, ich hätte an eine Zentrumszeitung in Stuttgart eine Erklärung geschrieben, die voller Beleidigungen für dieselbe Zeitung gewesen sei, die ich um gastfreundliche Aufnahme gebeten hätte, das sei „nicht anständig“, wurde mir öffentlich vorgeworfen, eine Zeitung, die ich um die Aufnahme einer Erklärung von mir ersuche, in dieser selbst schlecht zu machen. Und die Wahrheit? Ich habe in meinem ganzen Leben diese Zeitung keine Erklärung geschickt. Einige Tage nachher hat dann der „Beobachter“ das ganz kurz zugegeben. Aber woher er den „Mut“ seiner Erfindung oder, um mit dem Herrn Abg. Zehnter zu sprechen, den Mut einer derartigen groblichsten Entstellung der Wahrheit hergenommen hat, das hat er uns nicht berichtet!

Ich habe in meiner Schrift neben anderen Zitaten, die fälschlich hätten wegleiben können, nicht weil sie an sich nicht berechtigt sind, sondern weil sie gar nicht notwendig waren, da sie bei dem übrigen Reichthum des Zitaten-Schatzes gar keine Nade hätten entstehen lassen, u. a. auch ein Schreiben des Papstes Pius VII. an den päpstlichen Nuntius in Wien aus dem Jahre 1805 angeführt, und zwar nur ganz nebenbei. Es kam dann einige Zeit darauf ein „Beobachter“-Artikel, der mir vorwarf, ich hätte hier ein gefälschtes Aftenstück des Papstes veröffentlicht. Ich muß übrigens zur Ehre des „Beobachters“ bemerken, er hat, soweit ich mich erinnere, nie und nimmer meinen guten Glauben bestritten, während der kritische Ausfall des Herrn Zehnter das Gegenteil vermuten läßt; aber immerhin war die objektive Fälschung einer von mir nebenbei benutzten Urkunde behauptet. Es war geltend gemacht, dieses Schreiben des Papstes sei eine plumpe Fälschung, die schon längst als eine solche klar erkannt worden sei, insbesondere habe ein Biograph dieses Papstes erklärt, ein derartiges Aftenstück des Papstes existiere nicht. Ich habe dieses Schreiben in einem Buche gefunden, das wir hier in unserer Bibliothek haben, die „Propaganda“ heißt es. Der Verfasser ist Dr. Otto Meyer, Professor der Rechte in Rostock und nachher in Göttingen, später war er Präsident des Landeskonfistoriums in Hannover. In diesem Buche „Propaganda“ teilt er mit, daß das fragliche Schreiben sich in einem Essay historique finde, dessen Verfasser das fragliche Papstschreiben in den römischen Archiven gefunden hat. Professor Meyer bemerkt dazu, ein Auszug befinde sich in Paulus Beiträgen zur Geschichte der katholischen Kirche; auch der bekannte Publizist Geffken in seinem Buche „Slaat und Kirche“ hat es zitiert. Wir wollen die streitig gemachte Frage nicht näher untersuchen. Ich bin aber der Meinung, daß dadurch, daß irgend ein Biograph behauptet, das Schreiben existiere nicht, der Beweis der Fälschung noch keineswegs erbracht ist. Für uns kommt aber noch etwas anderes in Betracht: Ich bin diesem Vorwurf in einer Reihe von Zeitungen, in der „Neuen Badischen Landeszeitung“, im „Landesboten“, in dem „Ortenauer Boten“ und dem „Generalanzeiger“ in einer förmlichen Erwiderung entgegen getreten, habe dabei die Bücher, denen ich das Schreiben entnehme, ausdrücklich angegeben und den Vorwurf, eine gefälschte Urkunde verwendet zu haben, entschieden zurückgewiesen. Ungefähr vier Wochen nachher erscheint im „Badischen Beobachter“ ein Artikel, worin unter anderem gesagt wird: Man hätte mir vorgeworfen, daß ich eine gefälschte Rundgebung des Papstes benutzt hätte, und das wäre

hoch für einen ernstzunehmenden Schriftsteller eine schwere Schlappe. „Was“ wird nun gefragt, „erwidert der Herr Müller hierauf?“ „Nichts“. Das Wort „Nichts“ ist hervorgehoben. Nachdem und obgleich ich, wie bemerkt, in verschiedenen Zeitungen erwidert hatte, hatte der Beobachter den „Mut“, ich hätte „Nichts“ erwidert! Solche Behauptungen gehen dann ins Land hinaus, und werden in einer Reihe von Zentrumszeitungen noch nachgedruckt. Der Effekt soll damit erreicht werden und wird vielleicht auch da und dort erreicht: Die Person des Gegners muß heruntergerissen werden, es muß gezeigt werden, daß wir, wenn wir es wagen, unsere ehrlich gewonnene, gegen das Zentrum gerichtete Ueberzeugung auszusprechen, keinen Anspruch darauf haben, ein besseres Schicksal zu erleiden als die herboraenderen Köpfe in Ihren eigenen Reihen, wenn sie den Mut finden, gegen den offiziellen Stachel zu lösen.

An anderer Stelle wird mir vorgeworfen, ich hätte eine Rundgebung des Bischofs Keppler von Rottenburg wenigstens dem Sinne nach gefälscht. Der Bischof Keppler hat eine Broschüre „Wahre und falsche Reform“ geschrieben, die sich namentlich gegen die Modernisten richtet. Nun spreche ich in meiner Schrift an zwei Stellen von dieser Broschüre. Auf Seite 10 führe ich wörtlich an, was er über die Modernität sagt. In einer anderen Stelle, auf Seite 95, spreche ich dann wieder von dieser Broschüre, aber in einem ganz anderen Zusammenhang. Auf Seite 95 wende ich mich gegen eine Bemerkung des Bischofs Keppler, die mir einen hohen Grad von Bildungsfeindlichkeit zu verraten schien. Der Bischof schreibt nämlich: „Als der heilige Franziskus einmal gefragt wurde, ob es überhaupt gut sei, zu studieren, antwortete er: man solle studieren, doch nicht so, daß die Frömmigkeit darunter leide. Diese einseitige Weisheit wird heute vernachlässigt. Wir sind Glaubens- nicht Vernunftkatholiken. Gegenüber dem Glauben ist die Vernunft nicht mehr wert als irgend ein körperliches Organ gegenüber der Vernunft.“ Ich polemisiere also auf Seite 95 gegen die Bildungsvorschläge des Bischofs. Ich führe dann fort: „Wir dagegen verlangen, daß man die Menschen gegen das Licht der modernen Wissenschaft nicht abschließt“ usw. usw. und dann weiter unten: „Nicht zurück ins Mittelalter wollen wir die neuzeitlichen Menschen treiben lassen“ usw. usw. Was tut nun der Beobachter? In der einen Spalte bringt er mein Zitat über die Modernität (S. 10) und unmittelbar darunter die Ausführung, die ich im Anschluß an die bischöflichen Auslassungen über die Bildungsfrage gemacht habe. In der andern Spalte zitiert er dann die bischöflichen Darlegungen über die Modernität, unterschlägt aber die über das Bildungswesen, erweckt und will so erwecken die Meinung, daß meine Ausführungen auf Seite 10 und 95 sich nur auf die Frage der Modernität bezögen. Für eine solche Leistung des „Beobachters“ fehlt mir der parlamentarische Ausdruck.

An einer anderen Stelle wird mir die Fälschung einer Stelle von Thomas von Aquin vorgeworfen.

Ich bemerke schon hier, daß ich, auch wenn ich das Zitat zu vertreten hätte, mich bereit erkläre, und zwar auch hier im Landtag, nachzuweisen, daß auch hier keinerlei Fälschung vorliege. Es kommt aber zunächst auf diese Frage gar nicht an. Ich spreche nämlich in meiner Schrift von der Stellung des Ultramontanismus zur Wissenschaft, wie er z. B. die Geschichtswissenschaft maltreatiert, wenn es gerade zu seinem Vorteil ist. Ich komme auf die Inquisitionsgeschichten zu reden usw., ich sage aber Seite 104 ausdrücklich, daß ich das Nachfolgende einem Aussatz entnehme, den Hoensbroech in der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. April 1906 veröffentlicht habe. In diesem

Hoensbroech'schen Artikel findet sich dann auch das fragliche Zitat aus Thomas v. Aquin. Man hätte also den Vorwurf, hinsichtlich dieses Zitats, den durchaus unbegründeten Vorwurf, nicht gegen mich richten dürfen, sondern gegen Hoensbroech, einen Mann übrigens, der — ich bin nicht in allem mit ihm einverstanden — ein Ehrenmann ist, der die Schmädhungen, mit denen ihn die ultramontane Presse fortgesetzt überschüttet, nicht verdient.

Ferner: Doch wozu? Wenn ich auch heute hier alle Vorwürfe als unbegründet zurückweise und alles widerlege, dann stehen sie morgen oder übermorgen doch wieder in der ultramontanen Presse. Die Behauptungen werden immer wieder wiederholt, denn: Herunter muß der Mann, herunter muß der Mensch! Das macht aber auf mich keinen niederschmetternden Eindruck. Ich habe ein gutes Gewissen und eine reine Ueberzeugung. Ich kann auch einmal irren, und ich habe gewiß schon oft in meinem Leben geirrt, ich will das nicht bestreiten. Aber das kann ich sagen, daß ich mir nicht bewußt bin, in irgend einem Akte meines politischen Lebens etwas getan oder gesagt zu haben, was meiner tiefinnersten Ueberzeugung nicht entsprochen hätte, und ich kann auch — auch das ist mein heiligster Ernst — versichern, daß ich mich auch bei der Bekämpfung meiner Gegner immer ängstlich davor gehütet habe, ihnen grundlos bösen Glauben oder unlautere Motive irgend welcher Art zu unterstellen. Niemals! Und wenn Sie mir einen Vorwurf in dieser Richtung machen können, gut, so machen Sie ihn mir, damit ich dann Gelegenheit bekomme, ihn mir auch selbst zu machen! Sie werden mir auch niemals nachweisen können, daß ich auch nur im Entferntesten den Versuch gemacht hätte, die religiöse Ueberzeugung, das religiöse Empfinden eines meiner Nebenmenschen irgendwie auch nur zu berühren. Die Religion, das religiöse Leben ist in meinen Augen immer eine so feine, die feinsten Blüte des menschlichen Innenlebens gewesen, daß ich mich schon davor zurückgehalten habe, diese Blüte zu berühren, weil ich fürchten mußte, ich würde sie lädieren. Wenn ich einen Trost diesen Mißhandlungen Ihrer Presse gegenüber bedurft hätte, dann hätte ich ihn leicht finden können in Äußerungen von Männern, auf deren Urteil Sie etwas geben müssen. Ich will Ihnen ins Gedächtnis zurufen, was Professor Krauß, Professor der katholischen Theologie an der Universität Freiburg, der Mann — ich sage absichtlich „Mann“ —, im Angesicht des Todes in seinem Testament sagt: „Lebend und sterbend erkenne ich als ein der Kirche bis in den Tod treu ergebener Sohn für die christliche Gesellschaft kein Heil als in der Rückkehr zum religiösen Katholizismus und als im Bruch mit den politischen und pharisäischen Aspirationen des Ultramontanismus.“ Ein solcher Mann, ein seiner „Kirche bis in den Tod treu ergebener Sohn“, spricht von einem chronischen Konflikt, in dem sich der Ultramontanismus mit der historischen Wahrheit befindet, spricht von der Unwahrheit seiner Geschichtsschreibung, der traurigen Verlogenheit seiner Presse und dem schimpflichen System der Verleumdung und Lüge, welches gegen Alle, die nicht „korrekt“ denken, als erlaubt gehandhabt wird, und fährt dann fort: „Mit diesem System muß ausgeräumt werden; es widerspricht dem Besten, was wir in unserer deutschen Eigenart besitzen. Es ist klar, daß es nicht zur Herrschaft bei uns gelangen kann, ohne das deutsche Reich und das deutsche Volk zu zerstören.“ Ich dürfte mich auch der Worte erinnern, die mir einst ein älterer politischer Freund zurief: „Hast Du der Fortschrittssahrt Dich zugeschworen, lern Haß und Niedertracht verachten, sonst bist Du verloren.“ Jedenfalls wir, auf dieser Seite des Hauses, wollen an unserer Tradition festhalten, und ihr entsprechend persönliche Angelegenheiten nicht vor dem Forum der Volksvertretung

zum Austrag bringen. Wir wollen sachlich scharf kämpfen, wo es notwendig ist, die persönlich gehässige Kampfweise dagegen Anderen überlassen! Wir wollen den Beweis dafür erbringen, daß unsere Sache so gut und so rein, so klar und so wahr ist, daß wir den Boden der Sachlichkeit nicht zu verlassen brauchen, wenn wir in ihrem Dienste wirken wollen (Beifall bei den Liberalen).

Während der Rede des Abg. Muser übernahm 2. Vizepräsident Dr. Heimbürger das Präsidium.

Abg. Dr. Schojer (Zentr.): Nun ist er tot, der Ultramontanismus, nun ist das Vaterland gerettet und der Herr Muser kann nun zum Vater des Vaterlandes ernannt werden! Ich glaube, dieses Empfinden wird er wohl selbst nicht haben, nachdem er bis 1/2 12 Uhr uns aus verschiedenen Zeitungen vorgelesen hat. Ich will ihm auf das Gebiet, das er betreten hat, absolut nicht folgen, nicht reden über Modernismus und Erziehung des Klerus, Theologie und Philosophie usw. usw., denn da würden wir niemals an ein Ende kommen. Nur, was durch meinen Zwischenruf veranlaßt ist, will ich kurz streifen. Es ist Tatsache, daß auch die neuesten Bestimmungen, die erlosst sind, es jedem Theologen und jedem Gläubigen durchaus frei lassen, von diesen verschiedenen Erklärungsarten über den Schöpfungsbericht der Heil. Schrift, wie sie bis jetzt gang und gebe sind, zu adoptieren genau so, wie die Gründe es ihm nahe legen. Wenn der Herr Fraktionschef Dr. Zehnter die Bisionstheorie, die er offenbar im Auge gehabt hat, adoptieren will, so ist ihm das durchaus unbenommen. Ich weiß auch heute keinen einzigen Theologen auf unserer Seite, der irgendwie eine Verbalinspiration oder eine dementprechende Erklärung für den Schöpfungsbericht überhaupt vorträgt. Ich nehme es dem Herrn Abg. Muser nicht übel, wenn er in diesen Dingen nicht zuhause ist; aber er sollte sie auch nicht berühren. So ist die Tatsache, soweit meine Kenntnisse in der Theologie reichen, und etwas anderes habe ich nie gehört.

Hinsichtlich des Gebetbuches wäre es dem doch nun endlich einmal Zeit, daß es aus dem Parlament verschwinden würde. Die Erörterungen, die sich an die kurzweilige Bemerkung des Herrn Fraktionschefs Dr. Zehnter geknüpft haben, geben denn doch zu weit, als daß sie im Verhältnis zu der kurzen Bemerkung, stünden.

Der Herr Abg. Muser ist auf ein Vorkommnis während einer Wahlversammlung zu sprechen gekommen. Er habe, sagt er, bei einer Rede während des Abendläutens eingehalten und nachher sei er von der Presse unanständig angefaßt worden. Das war, Herr Abg. Muser, nur veranlaßt durch das Vorgehen der gegnerischen Presse hinsichtlich einer Versammlung, die wir in Stodach abgehalten haben. Hätte dort die Presse auf Ihrer Seite sich korrekt benommen, so hätten wir keine Veranlassung auf unserer Seite dazu gehabt. Im übrigen ist die Partei für diese Preßerzeugnisse nicht verantwortlich.

Und nun die Artikel im „Badischen Beobachter“! Auch nach seinen gestrigen Ausführungen ist es gut und rätlich, dem Schriftsteller Muser gegenüber hinsichtlich seines Gebrauchs von Zitaten Vorsicht walten zu lassen. Ich habe die Artikel, die seit Mitte Dezember im „Badischen Beobachter“ erschienen sind, nicht geschrieben, aber gelesen habe ich sie und habe die Sache nachgeprüft. Was im „Beobachter“ ausgeführt worden ist, ist nach meinem Urteil vollständig richtig.

Wenn nun der Herr Abg. Muser den sel. Prof. Geh. Hofrat Krauß als Eideshelfer zitiert, so will ich ihm nur sagen: Der Herr hat selber in liberale Zeitungen geschrieben und seine Kirche angegriffen, und aus diesem

Geiste heraus kann man sehr wohl verstehen, wenn er eine solche Bemerkung gemacht hat. Im übrigen wäre es aber auch sehr interessant, wenn der Herr Kollege Muser einmal die Schrift über Cabour vollständig lesen würde und auch lesen würde, was er über den kirchenfeindlichen kulturkämpferischen Liberalismus gesagt hat.

Ich will mich über diese Dinge, wie gesagt, des weiteren heute nicht verbreiten, weil ich sonst fürchten müßte, daß die Debatte ganz ins Ungemessene hinausginge, und weil ich weiter der Meinung bin, daß wir hier nicht in einer kirchenverjammung sind. Ich will dem kirchenväterlichen Wege des Herrn Muser nicht folgen.

Zunächst will und muß ich mich mit den Angriffen, die auf mich gerichtet worden sind, beschäftigen. Ich hätte das Wort in der Generaldebatte nicht ergriffen, wenn namentlich nicht der Herr Staatsminister zweimal Gelegenheit genommen hätte, in sehr scharfer Weise gegen mich vorzugehen. Der Herr Staatsminister hat gesagt, wir sollten hier nicht Dinge, die auf dem letzten Landtage eingehend erörtert worden sind, heranziehen und damit die Debatte in die Länge ziehen. Der Herr Staatsminister täte aber gut daran, selber ein gutes Beispiel in diesen Dingen zu geben. Es macht überhaupt auf mich einen geradezu kläglichem Eindruck, wenn nicht etwa ein inferiorer Schreiber etwa an einem Briefe auf diese Dinge zu reden kommt, sondern ein Staatsminister zum zweiten Male im Landtage aufsteht, um über ein Flugblatt zu sprechen (Vizepräsident Dr. Heimbürger rügt diesen Ausdruck bezüglich des Ministers).

Namentlich hat es einen auffallen müssen, wie der Herr Staatsminister die Erhebungen gegen den gesamten Pastoralatsklerus mit dem Flugblatte „der politische Waldmichel“ hat decken wollen. Er hat seine Ausführungen in ungefähr folgender logischer Reihenfolge gemacht: Ein Geistlicher hat den Waldmichel geschrieben, die Zentrumsparthei hat ihn offiziell verbreitet, also haben die Geistlichen eine Aktion gegen die Regierung eingeleitet. So viele Sätze hier sind, so viel Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die Logik sind da. Wenn der Schluß konfludent sein soll, müßte der oberste Satz schon heißen: Alle Geistliche oder die Mehrzahl der Geistlichen wenigstens haben den „Waldmichel“ verfaßt. Nun hat aber kein einziger Geistlicher auch nur eine Ahnung davon gehabt, daß ich ihn verfaßt habe, und ich habe ihn nicht als Geistlicher verfaßt, sondern als Politiker (Abg. Dr. Obkircher: Der „Geistliche Rat“ auch nicht?). Nein, ich habe das ausdrücklich auf dem letzten Landtag gesagt. Die erste und die zweite Nummer waren schon geschrieben und der ganze Plan des Flugblattes war fertig, ehe der Herr Geistliche Rat etwas erfahren hat (Abg. Dr. Obkircher: Wo hatten Sie denn dann das Material her?). Das Material habe ich besessen oder gekauft, und wenn Sie es haben wollen, kann ich Ihnen die Bücher vorlegen. Ich habe das Material seit Jahr und Tag besessen!

Hat nun der Verfasser etwas vor dem Gesetze Zulässiges getan, so muß man ihn in Ruhe lassen. Hat er aber etwas Ungefährliches getan, so ist der Staatsanwalt da und er soll ihn fassen. „Die Zentrumsparthei haben den Waldmichel offiziell verbreitet“. Es ist ein Unterschied zwischen der katholischen Geistlichkeit und zwischen der Zentrumsparthei. Das sind zwei Dinge, und wenn die Partei etwas tut, so hat die Partei es getan, hat die Geistlichkeit etwas getan, so hat sie es getan und nicht die Partei. Aber auch die Partei als solche hat das Flugblatt nicht verbreitet, denn die Parteiführung, weder das Zentralkomitee, noch der Ausschuß haben irgend etwas von der Sache gewußt (Abg. Kolb: Wer hat ihn denn verbreitet?). Das hat lediglich die Badenia getan.

die die Angebote an die Zeitungen gemacht hat, und der
 es frei und unbenommen, es zu tun oder zu lassen.
 Nun soll die Aktion gegen die Grob. Regie-
 rung gerichtet sein! Ich habe vor zwei Jahren aus-
 drücklich erklärt, und es geht aus der ganzen Haltung
 des Flugblattes hervor, daß es gegen das liberale
 Kulturkampftum gerichtet ist und nicht gegen
 die Regierung und namentlich nicht gegen Herrn Mi-
 nister v. Dusch. Nur natürlich, wenn sich eine Regierung
 mit diesem Kulturkampftum identisch fühlen sollte, war
 auch gegen diese gerichtet. Und darum kann wahrhaf-
 tlich keine Rechtfertigung für das Vorgehen gegen den ge-
 samten katholischen Klerus aus dem Flugblatt hergeleitet
 werden. Früher übrigens wurde die Razzia damit moti-
 viert, daß die Wahllosigkeit der Geistlichen in den
 Wahlen festgestellt wurde. Heute wird der „Wald-
 michel“ genommen. Wenn man die Razzia gegen die
 katholischen Geistlichen mit dem „Waldmichel“ mo-
 tivieren will, gut, dann fasse man nur den Verfasser,
 dann fasse man meinetwegen auch die Verbreiter! Aber
 man muß ich bitten, das Gesetz zu nennen, auf Grund des-
 sen der Herr Staatsminister dann vorgeht! Will man
 die Geistlichen mit der Wahllosigkeit fassen, gut,
 dann möge der Herr Minister gegen die vorgehen, die
 das Gesetz verlegt haben — es sind drei meines Wissens
 gefunden worden, mehr nicht —, er möge aber die ande-
 ren alle miteinander in Ruhe lassen! Wenn trotzdem
 gegen die übrigen vorgegangen wurde, so sehe ich darin
 eine Ungefährlichkeit und eine schwere
 Kränkung des Standes und zwar des ge-
 samten Standes! Ich möchte den Stand sehen,
 der sich so etwas gefallen läßt! Wenn plötzlich Erhebun-
 gen über den gesamten Lehrerstand gemacht würden, falls
 einer oder der andere etwa dem Gesetz in allzu große
 Nähe gekommen wäre, ich wollte sehen, wie die Herren
 sich wehren würden! Man sagt mir, es sünden heute
 noch ungerichte Anklagen in den Erhebungs-
 akten; die Herren von Grombach, Wiesental, von Stetten
 von Engen und Sondingen und andere Herren haben
 heute noch nicht die Gewißheit, daß die ungerechten und
 verleumdenden Anklagen aus den Akten verschwunden
 sind.

Verdient denn überhaupt der Inhalt des politischen
 Flugblattes zu irgend einem Vorgehen? Was darin
 steht, das ist ja wahr (Lachen bei den Liberalen),
 der Herr Staatsminister hat es ja selber gesagt. Ich bitte,
 überlegen Sie es doch! Ich habe selber noch sehr gut
 in Erinnerung aus meiner Jugend, wie man unseren
 Kaplan aus der Schule weggeholt hat; er hatte seinem
 eigenen sterbenden Großvater die letzten Tröstungen ge-
 reicht und dann hat man ihn wegen dieser Handlungen
 ins Gefängnis fortgebracht! Solche Dinge sind dort er-
 zählt, es sind Tatsachen, und man wird begreifen, daß
 man, wenn man das in seiner Jugend selbst erlebt hat,
 das nicht so leicht vergißt.

Der Abg. Dr. Binz hat den Glauben erwecken wollen,
 das Flugblatt sei geeignet, für die Sozialdemo-
 kratie zu arbeiten. Ich unterscheide zwei Dinge in
 dem Flugblatte, das was erzählt wird, und die Erzählung
 selbst. Das was erzählt wird, nämlich die nationallibe-
 ralen Kulturkampftaten führen allerdings per conse-
 quentiam zur Sozialdemokratie, das ist richtig, und
 soweit eine Regierung sich daran beteiligt hat, soweit hat
 sie sich auch an diesem bedauerlichen geschichtlichen Prozeß
 mitbeteiligt. Soweit aber die Erzählung in Be-
 tracht kommt, verfolgt sie wahrhaftig andere Tendenzen,
 nämlich nichts anderes, als eine zweite Auflage dieses
 Kulturkampftums im badischen Lande hintanzuhalten!
 Das ist eher das direkte Gegenteil von dem, was der
 Herr Abg. Dr. Binz dem Flugblatt als Ziel und

Folge geben will. Wenn die Empfehlungen, die hier immer
 seitens der Regierung, seitens des Abg. Dr. Binz und
 anderer Herren für das Flugblatt gemacht werden, die
 Folge haben sollten, daß der restierende Teil auch noch
 abgehen und eine weitere Auflage nötig werden sollte,
 dann, Herr Kollege Dr. Binz, kommt noch ein Anhang
 hinzu (Große Seiterkeit), und dieser Anhang heißt: „Die
 Brautfahrt des Abg. Dr. Binz zu Rosa Luxemburg nach
 Mannheim, die Eheproklamation in der „Karlsruher
 Zeitung“ und das weitere Familienleben“ (Große Seiter-
 keit).

Der Herr Abg. Obkircher selber hat auf die Kultur-
 kampftaten der gegenwärtigen Regie-
 rung hingewiesen und sie im einzelnen aufgezählt. Er
 hätte sie noch um ein Bedeutendes vermehren können.
 Er hätte darauf hinweisen können, wie er nur auf seine
 Mappe zu klopfen braucht, — darin steckt aber bloß ein
 Fragebogen, den man durch jede Buchhandlung zu be-
 ziehen in der Lage ist. Der Herr Staatsminister aber
 macht alsbald Erhebungen über sämtliche katholischen Re-
 ligionslehrer an sämtlichen Mittelschulen! Gegenwärtig,
 so sagt man mir wieder, seien Erhebungen im Gange oder
 zum Abschluß gekommen darüber, wie viele Theologen im
 Laufe ihres theologischen Studiums ihren Beruf wech-
 selteten; ich weiß nicht, ob auch Erhebungen darüber ge-
 macht werden, wie viele weltliche Studenten zur Theo-
 logie übertreten, wie viele von einer weltlichen Fakultät
 zur anderen übergehen? Will man hier einen Maßstab
 gewinnen, dann muß man auch diese Erhebungen ma-
 chen. Aber man braucht die Erhebungen nur, um einen
 Rückschluß auf unsere Konvikte zu machen und die noch
 weiter zu beunruhigen. Wenn der antiultramontane Ja-
 natismus verlangt, daß gegen Hild-, Näh- und Klein-
 finderschulen vorgegangen werde, sofort werden Erhebun-
 gen gemacht und mit großmütiger Dispens zugelassen,
 daß eine barmherzige Schwester die allerniedersten Dienste
 den Kindern tut!

Der Herr Minister hat nun in die Reihen des Zen-
 trums hinein einen Zwiespalt zu konfirmieren und
 ihn mit dem Waldmichel und seiner Gesinnung zu moti-
 vieren gesucht. Herr Staatsminister, lassen Sie derartige
 Spekulationen! Sie finden in unseren Reihen keinen
 einzigen, der das alte oder das neue Kulturkampftum
 irgendwie ertragen möchte! Hier sind wir vollständig
 einig und geschlossen. Und wenn wir heute einiger und
 geschlossener dastehen, als je zuvor, so hat die Grob. Re-
 gierung in ihrer Vergangenheit ein wesentliches Verdienst
 daran!

Der Herr Abg. Dr. Binz sprach von einem demagogischen
 Charakter der Flugschrift. Herr
 Abg. Dr. Binz! Der Liberalismus ist geboren aus der
 Revolution; und es ist eine geschichtliche Tatsache: die
 Kinder der Revolution werden von dieser wieder aufge-
 zehrt. Die Nationalliberalen in Baden sind auf bedent-
 lichem Wege dahin (Lachen bei den Liberalen und So-
 zialdemokraten). Als die Revolution den Liberalismus
 geboren hatte, da ist einer von unseren politischen Vä-
 tern der damaligen Zeit zum Volke gegangen und hat ihm
 gesagt: „Dem Fürsten jetzt, was dem Fürsten gehört, be-
 sonders in diesen kritischen Zeiten, die Freiheit freilich
 wollen wir, aber wir wollen sie nicht aus der blutbesek-
 teten Hand der Revolution, sondern wir wollen sie von un-
 serem Fürsten!“ Das war der Ritter von Buis.

Der Herr Abg. Dr. Obkircher sprach von einem „Fa-
 mulus“ des Herrn Geistlichen Rat Wacker.
 Es will mir scheinen, daß es ehrenvoller ist,
 Famulus des Herrn Geistlichen Rat Wacker zu sein, denn
 als Pantoffelheld der roten Rosa sein politisches Dasein
 fristen zu müssen (Seiterkeit beim Zentrum, Unruhe auf
 der Linken), denn hier in letzterem Falle heißt es: Fol-

gen um jeden Preis oder die Keitpeitsche! Sie haben gestern schon vorgehalten bekommen, um welchen Preis Ihnen das nächste Mal wieder geholfen wird: die Volksschule! Das ist das Taktische — und das ist das Praktische! (auf einen Zuruf von Seiten des Abg. Süßkind): Nur langsam! (Geisterheit beim Zentrum).

Man hat mir vorgeworfen, ich hätte diesen letzten Sommer einen Feldzug gegen den Herrn Staatsminister v. Dusch geführt, und ich hätte ihn auch begonnen. Wie liegt nun die Sache? Der Herr Minister des Innern Dr. Schenkel war abgegangen. In Mannheim sowohl, wie in Heidelberg haben sich Herren über den Abgang des Herrn Ministers Dr. Schenkel und über die politische Lage ausgesprochen, in einer Weise aber ausgesprochen, die mir nicht einwandfrei schien, und das hatte mir Anlaß gegeben, auch meine Meinung zu sagen. Dazu habe ich mein Recht. Daran hat sich eine politische Diskussion in den Blättern angeknüpft, die wurde dort ausgefochten; auch dazu haben wir das Recht. Es ist jedenfalls dieses Vorgehen absolut nicht zu beanstanden (Abg. Dr. D b l i r c h e r: Das gleiche Recht steht auch uns zu!).

Ein Wort muß ich noch sagen über den Herrn Staatsminister, insofern er sich bei der letzten Reichstagswahl als Wahlminister gezeigt hat. Ich hätte gedacht, er als Justizminister müßte ein ganz besonders feines Gefühl dafür haben, was hier zulässig und was nicht zulässig ist. Das Resultat dieses Wahlerlasses ist für ihn keineswegs ein ermutigendes gewesen. Es steht statistisch fest: Im ganzen Deutschen Reiche hat die Sozialdemokratie um 2,7 Proz. abgenommen, in Baden allein hat sie nicht nur nicht abgenommen, sondern um 2 Prozent zugenommen, wenn man die abgegebenen Stimmen in Betracht zieht. Sieht man zu den Nachbarn hinüber, zu denen nach Kotden und Westen und Osten, so findet man überall Wahlkreise, wo auch die absoluten Ziffern der Sozialdemokratie zurückgegangen sind — nur in Baden finden wir absolut keinen solchen Wahlkreis (Abg. Dr. Frank: Das ist ja sehr schön! Abg. Geß: Freut uns! Abg. Frühau: Ist wohl die Folge vom Waldmichel! Geisterheit). Ich glaube nicht, Herr Abg. Frühau, daß in den Kreisen, wo der Waldmichel gewesen ist und gelesen wird, Stimmenzunahmen zu verzeichnen sind, sondern in anderen Kreisen, wo man ihn bekämpft hat (Lebhafte Zustimmung beim Zentrum).

Auch die „Karlsruher Zeitung“ hat kurz nach den Wahlen (ich meine, es war schon am Tag nach der Stichwahl) ein sehr betäubtes Stimmungsbild niedergeschrieben. Dort heißt es: „Haben wir somit allen Grund, uns des nationalen Aufschwungs zu erfreuen, den die Niederlage der Sozialdemokratie befundet, so müssen wir doch bekennen, daß das endgültige Ergebnis der Wahlen in Baden freudige Gefühle auszulösen nicht vermag. Es hätte gelingen müssen, der Sozialdemokratie auch in Baden die Mandate zu entziehen, die sie seither besaß.“ Im Reiche habe man das Bergnügen, mindestens sich mit der Niederlage der Sozialdemokratie trösten zu können; in Baden blieb selbst dieses versagt. Auch der Grund dafür wurde von der „Karlsruher Zeitung“ angegeben. Sie schreibt dort: „Inwieweit das taktische Zusammengehen der Liberalen mit der Sozialdemokratie anlässlich der letzten Landtagswahlen bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie noch nachwirkte, entzieht sich einer zuverlässigen Beurteilung; hier kommt Inponderabilien ein sichereres, wenn auch nicht wägbares Gewicht zu; jedenfalls wird man sagen können, daß die Stoßkraft des Blocks gegen die Sozialdemokratie durch das damalige Abkommen jetzt noch immer gemindert ist.“ Die Regimenter, die am 24., 27. und 28. Oktober abkommandiert worden sind hinüber zum „roten Meer“, stehen eben noch da und wer-

den nicht so leicht zurückkommen (Lachen bei der Linken). Nun hat man auch geglaubt, uns einen Teil der Schuld zurechnen zu müssen. Die „Karlsruher Zeitung“ fährt nämlich fort: „Einen großen Teil der Schuld wird man unzweifelhaft der Stichwahlparole des Zentrums zurechnen müssen, die das Ergebnis einer in den Zugängen einseitiger Parteinteressen sich verfangenden politischen Fassung war.“ Unsere Stichwahlparole hat gelautet: „Strikte Wahlenthaltung, und ich denke, die Ziffern haben es bewiesen, daß ein sehr großer Teil, wenn nicht der weitaus größte Teil dabeiheim geblieben ist; andere kamen und gaben weiße Zettel ab. Diese weiße Zettel haben dem Herrn Staatsminister wohl eine beachtenswerte Antwort auf seinen Wahlerlaß gegeben. Ein Teil hat allerdings der Parole nicht gefolgt, ein Teil davon ging gegen die Wahlparole zu dem linksstehenden liberalen Kandidaten über (sie taten unrecht), und die andern folgten der Wahlparole ebenfalls nicht und gingen am Wahltag zu den Sozialdemokraten über. Es hatte es Niemand in der Hand, sie zurückzuhalten; man kann sie übrigens verstehen, nachdem, was vorausgegangen war. (Abg. Geß: Es waren nur Arbeiter!). Beide miteinander haben die Billigung der Leitung der Partei niemals gehabt.“

Nun muß ich, provoziert durch die Ausführungen der beiden nationalliberalen Führer, auch einiges über den Großblock sagen. Hier heißt die erste Frage: Wie steht es mit der „Offenheit“ und „Freimütigkeit“ mit der das Großblockbündnis abgeschlossen worden ist? Der Herr Abg. Dr. Binz hat schon auf dem letzten Landtag in der 18. Sitzung darauf gepocht, daß mit „Offenheit“ und „Freimütigkeit“ die Nationalliberalen die Verantwortung für das Bündnis vor dem ganzen Lande übernommen hätten und hat dem damals schon die „Verstecktheit“, die „Heimlichkeit“ und „Unehrlichkeit“ des Zentrums entgegengesetzt; ähnlich hat er letzthin sich ausgesprochen, ähnlich hat sich der Herr Abg. Dr. Obkircher in seiner gestrigen Rede geäußert. Wie verhält es sich aber damit nach dem, was man am 25. Mai in der „Volksstimme“ veröffentlichte? Dort lesen wir also: „Mit Händen und Füßen wehrten sich ihre Vertreter (nämlich die des Blocks) ursprünglich gegen die Auslieferung des getreuen Kreises Heidelberg-Land an die Sozialdemokratie.“ Darauf bezieht sich offenbar das Abknäpfen, von dem im letzten Landtag der Herr Abg. Pfeiffle gesprochen hat. „Und mit allen Mitteln der diplomatischen Verhandlungskunst suchten sie um die Verpflichtung herumzukommen, ihre Abmachungen mit uns in offiziellen Proklamationen in der Öffentlichkeit bekannt zu geben. So unter der Hand, durch Zirkulare an die Bezirksvereine und wie die pfiffigen Boranschläge alle lauten, wollten sie die Sache abtun. Das ist der erste Akt der Offenheit“ (Geisterheit im Zentrum). „Und als die Vertreter der Sozialdemokratie auf das bestimmteste erklärten, für ihre Partei die Rolle des schönen Kindes, das man unter den Linden nicht gräße, während sich nachher zu Hause schon alles finden würde, entschieden ablehnten, da wäre der ganze Pakt in die Brüche gegangen, hätten die Blöcker nicht wie gesagt andern Tags sich unseren Bedingungen glatt gefügt.“ Den Publikationsforderungen glatt gefügt! Das ist der zweite Teil der „Offenheit und der Freimütigkeit“, und in demselben Atemzug erfolgen gegen uns dann die Vorwürfe, wie ich sie vorhin nannte, der „heimlichen, versteckten, unehrlichen“ Handlungsweise! Das ist der dritte Teil der Offenheit und Freimütigkeit! Gestern hat der Herr Kollege Dr. Frank dieses Zitat aus Heime angeführt, aber nicht gegen die Herren Liberalen, sondern gegen uns. Es wäre nach dieser Sachlage und nach

Ihrer eigenen Presse richtiger gewesen, es dort hinüberzurichten (Abg. Dr. Frank: Es ist Freude über einen Sünder, der Buße tut!). Ei, das ist ja eines der allerchristlichsten Zitate!

Gegen wen richtet sich nun dieses Stichwahlbündnis? Der Herr Abg. Gierich kam darauf schon zu sprechen und hat den Nachweis geliefert. Die Führer der Herren Nationalliberalen legen ja sehr großen Wert darauf, daß es nicht gegen die Herren Konservativen gerichtet ist. Nun, daselbe Blatt, das ich eben zitiert habe, schreibt in derselben Nummer vom 25. Mai 1907: Am Sonntag den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr, seien bei Dreesbach in Mannheim die Präliminarien des Großblockabkommens festgestellt worden, und dann heißt es wörtlich weiter: „Man wurde dabei über die grundlegenden Bedingungen des taktischen Zusammengehens gegen Zentrum und Konservative in allen Punkten einig“. Und der parteioffizielle Stichwahlaufschuß seitens der Sozialdemokraten kennt nicht nur eine kerikale Mehrheit, sondern sagt, es sei das Abkommen getroffen gegen die Gefahr einer „konservativ-kerikalen Mehrheit“. Genau daselbe wird in jenem berühmten Zeitungsartikel angenommen, den die „Heidelberger Zeitung“ auf den Artikel der „Karlsruher Zeitung“ vom 3. November gebracht hat. In jenem Beschwichtigungsartikel der „Heidelberger Zeitung“ wird von einer Verhinderung einer kerikal-konservativen Mehrheit gesprochen. Damit ist evident bewiesen, daß sich das Stichwahlabkommen von Mannheim auch gegen die Konservativen gerichtet hat und daß die Herren Sozialdemokraten nie anders gedacht haben. (Abg. Dr. Binz: Ja, die Herren Sozialdemokraten vielleicht! Damit ist es bei Ihnen bewiesen). Gewiß. (Abg. Dr. Obkircher: Das ist der Papierstängelbeweis). Wie soll ich es denn anders beweisen als durch die offiziellen Proklamationen? Woju dieses Mandat? Man weiß es.

Hat nun der Großblock — das ist die weitere Frage — mit den Landtagswahlen wirklich ein Ende erreicht? Die Nationalliberalen und der liberale Block erstrebten im Jahre 1907 ganz genau daselbe Bündnis. Gleich nach Auflösung des Reichstags ist in der „Heidelberger Zeitung“ zu lesen gewesen, man solle dieselbe Taktik bei der Reichstagswahl wieder einhalten, und das Singener liberale Blatt hat sogar Vorwürfe erhoben, daß man nicht gleich Karlsruhe und Pforzheim an die Sozialdemokraten ausgeliefert habe, um den 2. und 5. Reichstagswahlkreis uns abzuknöpfen. (Abg. Dr. Binz: Wo haben Sie wieder den Beweis?) Wie ist es denn gegangen? An der Liebe der Nationalliberalen hat es nicht gefehlt, aber an der Gegenliebe. Der „Mannheimer Generalanzeiger“ hat unmittelbar nach den Reichstagswahlen ausdrücklich bekannt, daß man seitens der Liberalen alles getan habe, um das Stichwahlabkommen herbeizuführen. Er schreibt: „Jetzt, nach geschlagenem Kampfe, läßt sich über die Stichwahltaktik der liberalen Parteien ja frei reden, kann auch festgestellt werden, daß der Vorwurf zum mindesten unberechtigt ist, daß eine Verständigung mit der Sozialdemokratie verabsäumt wurde. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Schon vor der Sitzung des engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei in Karlsruhe waren Verhandlungen im Gange, um eine Verständigung mit der Sozialdemokratie anzubahnen. Von einer Auslieferung der Wahlkreise Karlsruhe und Pforzheim war freilich nicht die Rede, auch später nicht. Kompensationen an die Sozialdemokratie waren natürlich vorgesehen. Auch nach der Sitzung des engeren Ausschusses wurden weitere Verhandlungen gepflogen, um eine Verständigung mit den Sozialdemokraten herbeizuführen. Diese Verhandlungen fanden in Köln statt, allerdings ohne ein Resultat zu erzielen. An

der Verständnislosigkeit der Sozialdemokratie sind alle Versuche, das Zentrum in Baden zu schwächen, gescheitert. Von einer Schuld der nationalen Parteileitung in dieser Richtung kann sonach gewiß nicht gesprochen werden.“ Gewiß, Sie haben alles getan, um die Sozialdemokraten zur Wahlhilfe herbeizuziehen. (Abg. Dr. Obkircher: Und wo steht das?) Das steht im „Generalanzeiger“ von Mannheim, Nr. 74. (Abg. Dr. Obkircher: Der ist bekanntlich immer sehr gut informiert, das wissen wir ja.) (Lebhafte Heiterkeit).

Der „Volksfreund“ schreibt in Nr. 36 vom 12. Februar an die Adresse der „Freisgauer Zeitung“: „Wenn die Freisgauer Zeitung uns mit Rache droht, so läßt uns das ziemlich kühl; wenn sie uns mit Abweisung droht, wenn wir wieder einmal ins bürgerliche Lager kämen, um nach Vorteilen zu suchen, so können wir ruhig darauf verweisen, daß wir noch oft hinüber dürfen, bis wir alle Besuche, die wir schon erhalten haben, auch wieder erwidert haben“.

Der Führer der Herren Sozialdemokraten im Reichstag, August Bebel, hat auf der Tribüne des Reichstags ausgeführt: „Auch bei den letzten Wahlen haben die Nationalliberalen uns wiederholt zu gewinnen gesucht und Gegendienste in Aussicht gestellt. Die Nationalliberalen in Freiburg haben sich bereiterklärt, ihre Parteigenossen in Mainz und Köln zu veranlassen, für den Sozialdemokraten zu stimmen, falls wir die Nationalliberalen in Freiburg unterstützen würden. Und ähnlich war es in Hildesheim, Gießen und Osnabrück. Also ein Nationalliberaler kann keinen Sozialdemokraten leiden, doch seine Stimme nimmt er gern.“

Angesichts dieser Tatsachen sollte man Ausführungen, wie sie gestern und vorgestern hier gehört worden sind, nicht zu hören bekommen.

Nun hat man allerdings auf dieses oder jenes innerhalb der Zentrumsparthei exemplifiziert; darauf muß ich im einzelnen zu sprechen kommen: In Bayern, hat man gesagt, ist es ja auch geschehen. Nun, Bayern ist nicht Baden (Lachen bei den Liberalen und Sozialdemokraten), während Sie einen Verband haben, eine Gesamtorganisation durch das ganze deutsche Reich, haben wir das nicht, Bayern ist für sich und geht uns nichts an. Wir sind hier in Baden! (Heiterkeit, Zurufe). Uebrigens ist seitens unseres Parteiführers in einer öffentlichen Versammlung ausdrücklich gesagt worden, es würde in Baden ein derartiges Abkommen überhaupt nicht getroffen werden, und seine Vergangenheit hat ausdrücklich bewiesen, daß er nie für derartige Dinge zu haben war. Er ist nie nach Mannheim zu Dreesbach gewallfahrtet, auch nicht nach Offenburg; er hat die Briefe, die an ihn gekommen sind, unbeantwortet gelassen.

Der Herr Abg. Müller hat dann die „Hochzeitsjackeln“ hereingezogen. Der betr. Herr hat das Flugblatt auf seine eigene Kappe genommen. Maßgebende Persönlichkeiten haben ihm strikte gesagt, er solle es bleiben lassen, und unser Fraktionschef vom letzten Landtag hat seine eigene Meinung über diese Dinge dargelegt, die Partei hat mit diesen Dingen nichts zu tun.

„Acher- und Wählerbote“? Die Herren haben nicht gesagt, daß gegen diese Äußerung sofort in der Presse Stellung genommen worden ist. Das muß man doch im Interesse der Gerechtigkeit sagen.

Der Abg. Dr. Binz hat einen schlechten Witz gemacht, indem er dem Sohn des „Baldmichels“ die Rosa Luxemburg . . . (Unruhe, Abg. Dr. Frank: Lassen Sie die Dame in Ruhe, das ist geschmacklos!) Der Herr Abg. Binz hat den Namen dieser Person auf meine Kosten herein-

gebracht und ich darf mich doch wohl hiergegen verteidigen. Ich appelliere an Ihr Gerechtigkeitsgefühl. (Abg. Dr. Frank: Das ist keine Art, das ist geschmacklos!) Der Herr Abg. Siehler hat das Nötige schon gesagt und ich habe mich nur gewundert, daß der Herr Minister des Innern, an dem ich sonst immer ein nobles Auftreten bemerkt habe, sich diesen Witj angeeignet hat. Ich will den Herrn Minister an das nur erinnern, was seinem Herrn Vorgänger einmal in diesem Punkt gesagt worden ist. Ich denke, daß dieses eine Mal auch das letzte Mal sein wird.

Nun muß ich noch ein kurzes Wort zu dem sagen, was der Herr Abg. Dr. Binz zu der Frage, warum das Zentrum so verhaßt sei, ausgeführt hat. Er hat gemeint, dies sei der Fall, weil das Zentrum nicht aus dem Turm hinausgegangen sei. Der Herr Abg. Binz scheint ein kurzes Gedächtnis zu haben. Wir sind ja am 19. Oktober 1905 aus dem Turm herausgegangen und es ist Ihnen ja jenes Herausgehen sehr teuer zu stehen gekommen; auch am 28. Oktober sind wir aus dem Turm herausgegangen und Sie haben es sehr bitter empfinden müssen. Im Jahre 1907 sind wir im Wahlkreis Bretten aus dem Turm heraus; es ist Ihnen auch diesmal teuer zu stehen gekommen und hat Ihnen das Mandat gekostet. (Abg. Dr. Obkircher: Zum Simpelsang!) Ich will dafür sorgen, daß das Kompliment, das Sie damit den Wählern von Bretten ausstellen, bei den nächsten Wahlen an die richtige Adresse kommt. (Zuruf: Sehr gut! Das verstehen Sie!) So macht man nämlich Stimmung, um beliebt zu werden. Eben jetzt oben in Schopshelm gehen wir aus dem Turm heraus, und welche entsetzliche Not haben Sie heute hier gehabt. Ich weiß allerdings, daß unsere Partei mit Haß zu rechnen hat, und unser erster Führer mußte sich hier sagen lassen, daß er gehaßt werde. Ueber solche Leidenschaften sollte ein Politiker Herr werden, wenigstens solche Dinge nicht sagen. (Heiterkeit. Sehr gut!) Es ist allerdings Tatsache, daß die Nationalliberalen manches, was Ausläufer von Haß bedeutet, auf dem Gewissen haben. Ich will nur daran erinnern, wie man im letzten Wahlkampf — ich würde darauf nicht zu sprechen kommen, wenn nicht der Herr Abg. Muser die Frage angeschnitten hätte — im Wahlkreis Heidelberg-Eberbach, wo es sich bekanntlich um einen konservativ gläubigen Protestanten einerseits und um einen liberalen Katholiken andererseits handelte, an das „protestantische Ehrgefühl“ appelliert hat. Dort stand ein langer Artikel in der Heidelberger Zeitung, dessen Tenor war: „Wo bleibt das protestantische Ehrgefühl?“ Das heißt man Haß hineinbringen und religiösen Fanatismus wachrufen! Ueberhaupt stand der ganze letzte Wahlkampf unter dem Zeichen des konfessionellen Hasses, der aber von Ihrer Seite angefaßt worden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Mit unserem Haß, den wir zu ertragen haben, Herr Binz, sind wir bedeutend vorwärts gekommen, trotz Ihrer „Beliebigkeit“ geht es immer mehr zurück, namentlich wenn sie so gepflegt wird, wie die Zwischenrufe des Herrn Abg. Obkircher sie pflegen. Wenn wir mit den Sozialdemokraten nicht günstig stehen, so ist das begreiflich, denn uns trennt eine Weltanschauung, wir stehen gegen sie wie eine Mauer, und ich hoffe, daß wir zusammen mit den christlich-konservativen Elementen den Kampf gegen diese Herren durchzuführen imstande sind zum Wohle des Vaterlandes, zum Schutze von Thron und Altar! (Zuruf: Hochzeitsfadel!)

Abg. Vogel (Dem.): Ich hatte nicht die Absicht, jetzt noch über die allgemeine Politik zu sprechen, aber einige Ausführungen meines Herrn Vorredners fordern dazu heraus und es könnte wieder von seiner Seite so ausgelegt werden, als ob wir darauf nichts zu erwidern hätten, und nichts erwidern könnten. Der Herr Abg.

Schofer hat ja damit geschlossen, daß er mit dem Brustumme der Ueberzeugung von dem Haß, der sich gegen die Zentrumsparthei richte, gesprochen hat, von Haß, der gerade verbannt werden sollte. Diese Worte hätte der Herr Abg. Schofer in erster Linie vor dem Spiegel stehend an seine eigene Adresse richten sollen und an diejenige des Herrn Abg. Zehner, denn wer hat den Haß in die bisherige Budgetberatung hineingetragen? Nicht von dieser Seite des Hauses ist er hineingeworfen worden, sondern von Ihrer Seite ganz allein. Und wenn ich die friedliebende Stimmung vergleiche, mit welcher Sie im vorigen Landtag in der allgemeinen Debatte gesprochen haben, mit Ihrer gegenwärtigen, so erweist sich ein ganz großer Unterschied. Sie können deshalb Niemand anderem den Vorwurf machen, daß er gehässige Worte in die Debatte hineingetragen habe. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Schofer über den Großloos und die Entschuldigung der Taktik des Zentrums haben schon längst immer und immer Zurückgewiesenes wiederholt; alle die Zeitungsausschnitte, die der Herr Schofer aus sozialdemokratischen Blättern verlesen hat, beweisen nichts dagegen, daß das Abkommen zwischen den liberalen Parteien und der Sozialdemokratie offen, frei vor aller Welt getroffen worden ist in Gegensatz zu dem, was das Zentrum bisher immer bei der Unterstützung von Sozialdemokraten getan hat. Es ist ja klar, wenn zwei Parteien ein Stimmwahlabkommen in ehrlicher Weise miteinander abschließen wollen, so werden, wie bei jedem Abkommen, bei jedem Vergleich, anfangs Forderungen gegeneinanderstehen, und die müssen miteinander ausgeglichen und in Einklang gebracht werden. So ist es auch hier geschehen und so konnten wir alle vor der Stichwahl an die Wähler herantreten und offen sagen: Wir halten für notwendig, daß wir taktisch zusammengehen, ja, wir opfern den und den Wahlkreis, in dem die Sozialdemokraten die relativ höhere Stimmenzahl haben, übergeben ihn den Sozialdemokraten, und das Umgekehrte tun die Sozialdemokraten in dem und dem Wahlkreis, während diese und jene Wahlkreise, in denen der Kampf zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus auszufechten war, außer der Abmachung bleiben.

Der Herr Kollege Schofer will uns die Empfindung beibringen, als ob das Zentrum niemals offiziell die Sozialdemokratie in Baden unterstützt hätte, und er sagt, Bayern liege so weit entfernt, daß man Bayern als Vergleich nicht heranziehen könne. Wir wissen ja alle genau, wenn den Herren einmal etwas nicht paßt, wenn ihnen irgend etwas nicht gefällt, dann liegt es eben weit entfernt. (Zwischenruf des Abg. Dr. Schofer.)

Ich erinnere die Herren an die frühere Reichstagswahl in Baden. Diese ist doch, wenn auch für den Reichstag gewählt wird, immerhin eine badische Angelegenheit, da gerade unsere badischen Verhältnisse dort eine Rolle spielen, und da auch die Existenz der badischen Wähler bei den Angelegenheiten im Reichstag und deren Regelung in Mitleidenschaft gezogen wird, wie das ja, worauf ich noch zu sprechen komme, bei der Finanzreform der Fall ist. Als im Jahre 1890 und auch in den folgenden Jahren die Stichwahlen zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalliberalen stattzufinden hatten, und als die Demokraten, die zu jener Zeit vom Zentrum unterstützt wurden, beschloßen, in der Stichwahl die Sozialdemokraten zu unterstützen, da hat das Zentrum erklärt, natürlich nicht in der Zeitung, wir werden die Sozialdemokraten auch unterstützen, und das war im Wahlbezirk Mannheim. Da hat die dortige Zentrumsleitung ein hektographiertes Schreiben herausgegeben — nicht gedruckt, damit es nicht in zu vielen Exemplaren

vorhanden ist —, und dieses Schreiben hat man an die Pfarrämter und an die Vertrauensmänner hinausgeschickt. Es hat mir zum Beispiel der Herr Abg. Sühnd erst vor einigen Tagen gesagt, daß er gerade im Schwefinger Bezirk mit Rücksicht auf dieses Rundschreiben auch von den Pfarrern empfangen wurde sei. (Abg. Neuhäus: Wann war denn das?) Das war 1890. (Hört, hört.) Ich spreche da aus eigener Erfahrung, denn ich habe das alles mitgemacht, und die Herren sehen auch daraus, daß es nicht gut ist, dem Gegner etwas vorzuwerfen, was man selbst, wenn auch in anderer Form, getan hat. Wie ich in den Landtag eingetreten bin, habe ich mich, das muß ich offen gestehen, gewundert, als ich diese Vorwürfe gegenüber den liberalen Parteien hörte, weil ich ganz genau wußte, daß das Zentrum es gerade so gemacht hat. Ich habe vor zwei Jahren nicht eingegriffen, weil ich glaubte, daß die Angelegenheit in der Debatte schon genügend erörtert worden ist, und ich hätte auch am heutigen Tage nichts davon erwähnt, wenn der Herr Abg. Schöfer nicht im Brustton der Ueberzeugung für das Zentrum eine jede Annäherung gegenüber der Sozialdemokratie absolut abgelehnt hätte. (Abg. Giesler: Sie wissen aber auch, daß das von der Parteileitung zurückgenommen ist!) Das ist einerlei, jedenfalls ist dieses Schreiben befolgt worden, und das ist die Hauptsache. Sie haben im übrigen Mittel genug in der Hand, wenn ein Zirkular hinausgegangen ist, auch noch im letzten Augenblick vor der Wahl das Gros Ihrer Wähler aufzuklären, daß jenes eine falsche Parole war. (Abg. Neuhäus: In Schwefingen waren große Plakate angeheftet!) Das ist gleich, die Wähler haben jedenfalls nach diesem Schreiben gewählt! (Abg. Dr. Binz: Genau wie in Karlsruhe). Das hat ja auch die letzte Landtagswahl in Mosbach gezeigt, wo es sich für Sie gegen den Herrn Abg. Dr. Obkircher handelte, als Sie im letzten Augenblick Ihre eigene Kandidatur zurückgezogen und Ihre sämtlichen Wähler auf die Kandidatur eines bisherigen Gegners und nun auf einmal Freundes vereinigt haben. Ich gebe allerdings zu, das bringt keine andere Partei so fertig, wie Sie das damals fertig gebracht haben, und das ist die Hauptsache.

Ich habe mich auch nach all den Erfahrungen, die ich in den letzten Jahren gemacht habe, gewundert, daß der Herr Minister des Innern Freiherr von Bodman am Samstag diese große Kriegesfanfare gegenüber den Sozialdemokraten losgelassen hat, und das gerade nach der Rede des Herrn Abg. Kolb, der einfach und klar zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Sozialdemokratie, wenn ihre Mitglieder nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt würden, bereit ist, in ehrlicher Weise im Interesse des Staates und zum Wohle des Vaterlandes mitzuarbeiten. Man darf ihnen das aber nicht schwer machen. Alle Parteien haben ihre Grundsätze und höhere für die Zukunft zu erreichende Ziele, aber die können im Landtag in der Beratung gewiß zurückgestellt werden, um das Mögliche für die gegebene Zeit zu erreichen, und da sollte man sich nicht so leichtem Herzens der Mitwirkung einer großen Partei für das Interesse des Staates entschlagen. Es lag nach meiner Ansicht ein vernünftiger Grund für eine solch plötzliche, und fast möchte ich sagen, dem Sinne nach heftige Ablehnung gegenüber den Sozialdemokraten nicht vor. Wir sind alle Bürger dieses Staates, und jeder, der den Befehlen unterstellt ist, ist als Bürger berufen, in Gleichberechtigung mitzuarbeiten für den Staat, und solange die Sozialdemokratie sich nicht außerhalb dieses Gesetzes stellt — wenn sie das tut, sind Mittel und Wege, um dagegen vorzugehen, genügend vorhanden —, solange ist sie als ein gleichberechtigter Faktor zur Mitarbeit im Staate berufen anzusehen.

Es wurde nun auch von dem Herrn Finanzminister erwähnt, daß hier wohl keine Freundlichkeit für die Aufhebung der Fleischakzise vorhanden wäre. Ich muß hier abermals erklären, daß wir die Fleischakzise für eine ungesunde und ungerechte Steuer halten, und daß sie abgeschafft gehört, und wenn ihre Abschaffung am 1. Juli d. J. aus rein finanziellen Gründen nicht möglich ist, dann möchte ich die Grob. Regierung ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß ein Gesetzesentwurf vorgelegt wird, wonach diese Steuer am 1. Januar 1909 fallen wird.

Die Vermögenssteuer hat, wie ja gerade von verschiedenen Seiten anerkennend hervorgehoben wurde, so gewirkt, wie man es gewünscht hat, nämlich entlastend für die schwachen Schultern. Auch dieser Regierungsentwurf, wie er uns von zwei Jahren vorgelegen hat, hat nicht so belastend gewirkt, wie es damals von den Herren, welche, ich will zugeben, in fleißiger Arbeit um den Entwurf auseinander gelegt haben, uns hingestellt worden ist. Ein Blick in die Darstellung der Wirkungen der Vermögenssteuer zeigt, daß nicht allein die Schwachen auf dem Land, sondern auch die stärkeren Schultern auf dem Land eine ganz bedeutende Erleichterung gefunden haben und daß die gesamte Neubelastung auf die Städte abgeladen ist. Sie müssen auch in Betracht ziehen, daß bei dieser Berechnung ein Steuerfuß von 12 Pfg. zu Grunde gelegt ist, daß also eine Erhöhung der Einnahmen aus den Steuern hier berücksichtigt ist, und wenn diese Mehreinnahmen aus den früheren Ertragssteuern herausgezogen worden wären, so hätten diese nicht 15, sondern 16,5 Pf. betragen. Wenn Sie diesen Vergleich anstellen, so finden Sie, daß auch heute einige kleinere Städte und eine Anzahl von Gemeinden, welche fast daselbe oder ein klein wenig mehr als früher zahlen, entlastet sind. Sie brauchen bloß diese Differenz von 1½ Pfg. zwischen 15 und 16½ Pfg. in Berechnung zu ziehen; die gesamte Mehrlast tragen die größeren Städte allein. Sie werden sich damit abfinden, und ich hoffe, daß der Nachteil, der auch zum Schaden der Landes eintreten würde, wenn ein Rückschlag in der Industrie erfolgen würde, nicht stattfindet und daß auch unsere Finanzen in dieser Hinsicht nicht verschlechtert werden.

Es wurde bei der Vorlegung des Gehaltstarifs vom Herrn Finanzminister ausgeführt, wie sehr die Gehälter seit dem Jahre 1888, seitdem der letzte eigentliche Gehaltstarif beschlossen worden ist, verbessert worden sind, und es wurde besonders hervorgehoben, daß die Zahl der Beamten bis heute um ein ganz Beträchtliches mehr zugenommen hat, als dies der Zunahme der Einwohnerzahl entspricht. Die Art und Weise, wie das vorgetragen wurde, sollte nach meiner Auffassung mit einer Begründung dafür sein, daß wir jetzt mit der Aufbesserung der Beamten nicht zu weit gehen können. Die Ausführung alles dessen, was schon in den verschiedenen Jahren geschehen ist, sollte vielleicht auch eine Empfehlung oder eine Entschuldigung für den Gehaltstarif sein, der, und das können wir wohl in diesem Hohen Hause aussprechen, bei den meisten Beamten nicht den bescheidensten Wünschen entspricht, die sie gehegt haben nach alten Versprechungen, die ihnen gemacht worden sind, und nach der Art, wie sie diese auch vonseiten der Regierung gemachten Versprechungen, dieses Wohlwollen, das in den früheren Landtagen den Beamten gegenüber ausgesprochen wurde, aufgefaßt haben. Aber eine solche Beweisführung halte ich nicht für angebracht. Ich halte es auch für unglücklich; unsere Einnahmen, der Umfang der staatlichen Geschäften haben sich doch seit dem Jahre 1888 ganz anders vermehrt, als die Zahl der Beamten sich vermehrt hat. Glauben Sie denn, daß, wenn wir eine

*

solche Unmasse neuer Züge auf der Eisenbahn fahren lassen müssen, wir dann auch nicht mehr Beamte brauchen, auch ohne die Zunahme der Bevölkerung? Wir wissen doch alle, daß das Reisen an und für sich für den Kopf der Bevölkerung ganz bedeutend zugenommen hat, und daß der geschäftliche Verkehr, der Gütertransport einen ganz anderen Umfang angenommen hat, als er, wenn man nur die Bevölkerungszunahme ins Auge faßt, sein könnte. Ich will Ihnen hier nur ein Bild der Finanzen vom Jahre 1888 in Gegenüberstellung mit dem heute vorliegenden Budget geben, um zu beweisen, wie recht ich mit meinen Ausführungen habe.

Im Jahre 1888 wurden aus dem Personen- und Gepäckverkehr eingenommen, und zwar aus der Personenbeförderung 12 600 000 M., jetzt 26 Millionen, aus dem Personen-Gepäckverkehr 736 000 M., jetzt 1 300 000 M.; ich nehme bloß die runde Summe; insgesamt wurden aus diesen Positionen im Jahre 1888 13 614 000 M. eingenommen, jetzt 28 103 000 M., also ganz bedeutend mehr, als der Bevölkerungszunahme entsprechen würde. Und nun erst die Einnahmen aus dem Güterverkehr! Eil- und Expressegut: 911 000 M. gegen 3 257 000 M., Frachtgut aller Art: 19 346 000, jetzt 56 Millionen. Insgesamt aus diesen und noch verschiedenen kleinen Positionen: 21 566 000 M. im Jahre 1888 und jetzt 62 357 000 M. Sämtliche Einnahmen aus der Eisenbahn im Jahre 1888: 37 993 000 Mark, jetzt 101 Millionen.

Wenn solche Einnahmen erzielt worden sind — und wir können stolz sein, daß ein solches Mehr gegenüber 1888 jetzt erzielt wird —, dann haben wir das auch der Mitwirkung unserer Beamtenerschaft und der Arbeiter zu verdanken, die in diesen Betrieben beschäftigt sind. Daß wir in diesem Betrieb nun auch bedeutend mehr Arbeiter, bedeutend mehr Beamte brauchen, als der Zunahme der Bevölkerungszahl seit jener Zeit entsprechen würde, das ist nach diesen Ziffern sehr einleuchtend.

Auch die direkten Steuern haben sich ganz bedeutend vermehrt, sodaß auch in der Steuerverwaltung eine höhere Anzahl von Beamten notwendig ist. Die direkten Steuern haben im Jahre 1888 11 369 000 M. betragen, sie betragen jetzt 25 140 000 M. Ich gebe ja zu, daß eine kleine Erhöhung der Einnahmen aus den direkten Steuern durch die Reform des Einkommensteuergesetzes herbeigeführt worden ist; aber diese Erhöhung steht nicht im Vergleich zu dieser großen Anschwellung der Einnahmen. Und die Einnahmen aus den indirekten Steuern sind von 8 1/2 Millionen auf 17 Millionen gestiegen. Wenn ich nun noch die Polizeigefälle und die Justiz mit anführe, so ergeben sich 3 556 000 Mark gegen 8 347 000 Mark.

Es wurde ja an Hand der Einkommensteuer auch nachgewiesen, daß der Wohlstand der badischen Einwohner sich seit jener Zeit gehoben hat. Wir wollen aber weiter auch anführen, daß auch die Lebenshaltung seit jener Zeit eine ganz andere, eine viel teurere geworden ist, sodaß auch der Gehalt unserer Beamten entsprechend dieser Lebenshaltung, entsprechend der Hebung des Wohlstandes des Gesamtvolkes ein bedeutend höherer sein muß, als er zu jener Zeit, im Jahre 1888, wo dieses Beamtengehalt geschaffen worden ist, war.

Von verschiedenen Seiten wurden Vorschläge über die Hebung unserer Finanzen, die ja nach Ansicht unserer Herren Minister sich in einem ganz vorzüglichen Zustand befinden, gemacht, und es wurde besonders von unserer Seite hier vorgeschlagen, daß gewisse Ausgaben, welche in einer langen Periode nicht wiederkehren, aus Anlehensmitteln bestritten werden sollen. Ich will nicht auf alle die Gründe für und gegen hier eingehen. Ich will aber doch hervorheben, daß die Art und Weise,

wie vom Regierungstisch dagegen polemisiert worden ist, ein Kampf gegen Windmühlenflügel war. Der Herr Finanzminister hat uns ausgerechnet, daß wir, wenn wir seit dem Jahre 1888 alles, was über 100 000 M. Ausgaben für bauliche Zwecke war, aus Anlehensmitteln genommen hätten, jetzt von einer Schuldenlast bedrückt würden, deren Zinsen die Mittel für andere, oft die nötigsten Ausgaben verschlingen würden. Aber weder der Herr Abg. Kolb noch der Herr Abg. Fröhlich haben eine solche Finanzwirtschaft verlangt, und gerade die Resolution, die der Herr Abg. Fröhlich eingereicht hat, indem er gleich auf zwei gewisse Punkte in unserem reichhaltigen Budget, welches genug mit baulichen Arbeiten über 100 000 M. gespickt ist, hingewiesen hat, hat den Beweis hierfür geliefert.

Es wurde auf die Städte abgehoben und darauf hingewiesen, daß die Städte für ihre Anlehenspolitik jetzt schon unter Schuldenlasten zu leiden hätten. Nun, das Leiden der Städte unter den Schuldenlasten ist noch ziemlich klein. Ich glaube, die Städte leiden mehr unter den Lasten, welche ihnen durch die Gesetze auferlegt sind, unter den Ausgaben für Einrichtungen, die eigentlich staatliche Einrichtungen sind. Diese Ausgaben haben sich ja in den letzten Jahren immer mehr und mehr vermehrt, und gerade diese neuen Lasten, die immer wieder die Städte übernehmen müssen, besonders die Lasten für die Ausgestaltung des Volksschulwesens, für welches die städtischen Steuerzahler ungeheure Summen aufgewendet haben, verleihen ihnen einen Anspruch darauf, daß man ihnen auch Einnahmen zukommen läßt, die sie bis jetzt nicht hatten. Ich habe mich gewundert, als der Herr Kollege Kolb in seiner Rede es lobte, daß für die Staatskasse die Wertzuwachssteuer eine neue Einnahme bringen sollte. Ich habe bis jetzt geglaubt, und so war, glaube ich, auch die Ansicht der hohen Regierung, daß gerade die Einnahmen aus der Wertzuwachssteuer in erster Linie den Gemeinden zugewiesen werden sollen, gerade zur Befreiung aller dieser Bedürfnisse, die in der letzten Zeit neu an sie herangetreten sind. Ich hoffe, daß wir eine Vorlage in diesem Sinne erwarten können.

Ueber das Wachsen der Lasten der Städte will ich Ihnen ein Beispiel anführen: Die Stadt Mannheim — es ist ja klar, daß ich die Verwaltung, der ich angehöre, am besten kenne — hatte im Jahre 1888 8 700 000 M. Schulden, wovon 6 500 000 M. erst in diesem Jahre neu aufgenommen waren, so daß sie also vorher nur 2,2 Millionen Schulden hatte. Im Jahre 1907 hatte die Stadt 56 Millionen Schulden, und davon fallen 20 Millionen Zuwachs allein auf die letzten drei Jahre 1905, 1906 und 1907. Steuerkapitalien hatte die Stadt Mannheim im Jahre 1888 359 000 000 und im Jahre 1907 1 011 000 000 M. Die Einnahmen der Gemeinde aus den Betrieben und Gefällen betragen 1 123 000 M. im Jahre 1888, im Jahre 1907 6 948 000 M., oder mit Rücksicht auf eine Aenderung der Berechnung seit 1888 rund 6 000 000 M. Früher wurde — und das ist auch mit ein Grund, weshalb sich die Ausgaben in neuerer Zeit so plötzlich gesteigert haben — ängstlich darauf gehalten, daß der Steuerfuß 33 bis 35 Pf. nicht überschreiten dürfe. Es wurde der städtische Haushalt sehr knapp gehalten, es wurden Aufgaben zurückgestellt, bloß damit man keine Schulden machen und mit dem Steuerfuß nicht in die Höhe gehen mußte. Es wurden Ausgaben zurückgestellt, die eine Naturnotwendigkeit für die Entwicklung einer aufstrebenden Stadt waren. Was war die Folge davon? Im Jahre 1891 und 92 mußte mit einem Schlage der Steuerfuß um 23 Pf., d. h. um 66 2/3 Proz., in die Höhe schnellen, nicht infolge der Schuldenwirtschaft, sondern infolge der Zurückhaltung der notwendigen

gaben, die sich nun mit einem Male so bringend erwiesen, daß ein Verschieben nicht mehr möglich war. Aber auch die Schulzinsen, die wir jetzt zu zahlen haben, brauchen nicht aus Steuermitteln gedeckt zu werden. An Schulzinsen waren 1907 zu zahlen 2 329 000 M. Die städtischen Betriebe liefern allein 2 329 000 M. ab, sodaß also gegenüber 2 329 000 M. Schulzinsen noch 501 000 M. übrig bleiben, die ganz für planmäßige Schuldenentlastung verwendet werden können. Sie sehen also, daß sämtliche Schulzinsen aus den Ueberschüssen der gewerblichen Betriebe, die fast alle gerade durch diese Anlehen erstellt wurden, erzielt werden. Aber diese Betriebe, zahlen auch die Ausgaben für die Schulden der nicht rentablen Einrichtungen, sie zahlen die Schulden für die Schulhäuser, für die Kanalisation, für Herstellung von Baugelände, für Auffüllungsarbeiten, Hafenherichtung und alle die großen Unternehmungen der Stadtgemeinde. Diese Schuldenwirtschaft war eine sehr rentable Wirtschaft, und nicht zum Mindesten zieht der badische Staat selbst von dieser Wirtschaft der Städte Vorteile, denn mit dem Steigen der Steuerkapitalien in den Städten stiegen auch die Steuerkapitalien des ganzen Landes in schnellerem Tempo.

Erwähnen muß ich auch das Wachsen der Grundstücks-umsatzsteuer und die Vorteile daraus für den Staatshaushalt. Wir wollen doch nicht vergessen, daß zum mindesten die Hälfte der Zunahme dieser Steuer eine Folge der Städtepolitik ist. Denn nur durch Herstellung der Straßen, durch die Urbarmachung von Baugelände ist es möglich gewesen, daß sich ein solcher Umsatz im Baugelände vollziehen konnte. Sie sehen also, daß diese Politik der Städte nicht nur nützlich ist für die Städte, sondern auch für unser gesamtes Vaterland überhaupt.

Zum Schluß dieser Auslassungen will ich nur noch mitteilen, daß aus den vier Betrieben: Straßenbahn, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk im Jahre 1907 noch 1 100 000 Mark in den Erneuerungsfonds zurückgelegt werden sind. Damit ist auch für die Zukunft gesorgt; wenn die Werke abgenutzt sind, haben dann unsere Nachkommen das Geld, um alle die abgenutzten Maschinen zu erneuern.

Wenn also die Städte trotzdem vorwärts kommen, so glaube ich den Beweis geliefert zu haben, daß diese Wirtschaft nicht als Schuldenwirtschaft bezeichnet werden kann. Wie würde es nun sein, wenn wir die Methode, wie sie hier dargelegt worden ist, auch auf Staatsverhältnisse übertragen würden, selbstverständlich nur so weit sie auch in die Staatsverhältnisse hineinpaßt? Wenn auch eine kleine Stadt für ein Schulhaus, wie sie vielleicht in zwanzig, dreißig Jahren erst wieder einmal eines zu bauen hat, oder für ein Gymnasium Anlehensmittel aufnimmt, so kann das der Staat doch nicht machen, weil er damit rechnen muß, daß er derartige Anstalten sehr bald wieder zu erstellen haben wird, und es ist daher selbstverständlich, daß wir für solche Einrichtungen keine Anlehensmittel verwenden wollen. Das gilt ebenso auch für alle Anstalten, die sich periodisch oder in einer ganz kurzen Reihe von Jahren wiederholen. Wohl aber ist das möglich bei einer Reihe von Anstalten und Bauten, deren Herstellung erst in einer langen Reihe von Jahren wiederkehrt; und besonders trifft dies zu für die Regulierung des Oberrheins, wenn auch die Summe, die in diesem Budget dafür ausgegeben werden soll, keine so hohe ist. Aber diese 1 800 080 Mark werden uns fehlen, wenn wir den Gehaltstarif so verbessern wollen, daß die Beamten

einen wirklichen Nutzen daran haben sollen. Wenn wir aber diese Absicht hegen, dann müssen wir nach Einnahmequellen suchen, und deshalb begrüße ich den Vorschlag des Herrn Kollegen Fröhlich, weil dadurch für unser allgemeines Staatsbudget Mittel gewonnen werden für diese dringende Zwecke, die nach meiner Ansicht unaufschiebbar sind, weil sie einem Notstand, einem Notstand im wahrsten Sinne des Wortes abhelfen sollen.

Ich möchte jetzt zum Schluß nur noch einige Kleinigkeiten erwähnen, die aber in den Rahmen hier hereinpassen; sie betreffen die Tätigkeit des Ministeriums des Innern. Es ist in Mannheim vorgekommen und kommt, glaube ich, auch in anderen Städten vor, daß man von Seiten des Bezirksamts unter Hinweis auf einen Erlaß des Ministeriums vom Jahre 1900 einzelne russische und polnische Arbeiter und Arbeiterinnen ausweist. Ich will gleich anführen: ich verkenne nicht, daß mit Rücksicht auf die Gesundheitspolizei, mit Rücksicht auf unsere eigenen badischen Arbeiter das Zuziehen von ausländischen Arbeitern eine Kontrolle von Seiten des Staates notwendig macht. Aber diese einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen, die hier in Frage kommen, haben mit jener großen Frage, die ich heute nicht aufröhlen will, nach meiner Ansicht nichts zu tun. Das Vorgehen gegen sie bildet nichts wie eine Chikane, es stellt eine Brotlosmachung armer gehehrter Menschen dar, für die wir auch hier ein gutes Wort einlegen müssen. Es sind keine Wähler, es kann keine Parteipolitik getrieben werden, sondern hier kann nur das rein menschliche Gefühl sprechen. Geschäftsinhaber, die gar nicht gewußt haben, daß einzelne derartige ausländische Arbeiter in ihrem Betrieb beschäftigt sind, wurden eines Tages von der Polizei darauf aufmerksam gemacht, sie mußten diese Arbeiter entlassen, sonst würden sie ausgewiesen. Es wurde auch ein Ausläufer in einem Eisenwarengeschäft, der Familienvater, Vater von drei Kindern war, von dieser schweren Maßregelung betroffen. Nach jenem Erlaß dürfen diese Arbeiter nur vom 15. Februar bis zum 15. Dezember beschäftigt werden, um dann 8 Wochen lang dem Elend anheim zu fallen. Das hat also mit der Fürsorge für unsere badischen Arbeiter, das hat mit der Gesundheitspolizei gar nichts zu tun. Denn, wenn die Leute zehn Monate im Jahre unsere Arbeiter nicht schädigen, dann meine ich, können sie genau so wenig Schaden bringen, wenn sie 12 Monate da sind.

Derartige Erlasse, derartige Verordnungen, sollen in anderen Ländern mit Ausnahme von Preußen und Baden nicht bestehen. Es ist daher vorgekommen, daß die Ausgewiesenen einfach hinüber nach Ludwigshafen gegangen sind und sich dort Stellung gesucht haben: dort konnten sie unbehelligt weiter arbeiten. Eine solche Politik der Chikane sollte von einem badischen Ministerium, welches sich gemäßigt-liberal genannt hat, nicht ausgeübt werden.

Ich habe nun noch einen Fall, der das Ministerium des Innern betrifft, und der sowohl für die Kollegen der größeren wie auch der kleineren Gemeinden ein gewisses Interesse hat! Im Laufe der Jahre haben wir schon, und auch in diesem Landtag wieder, verschiedene Eingeweiendungen beschlossen. Ich weiß nun aus früherer Erfahrung, daß gerade bei den Verhandlungen der Stadt mit der Landgemeinde die Vertreter des Bezirksamts die Vermittler, die ehrlichen Makler zwischen beiden sich manchmal widerstrebenden Interessen gewesen sind, und ich weiß, daß das im allgemeinen sehr gut gewesen ist, wenn auch 75 Prozent der bezirksamtlichen Vermittler sich den Interessen des Landes zugewendet haben. Ich halte das aber für ganz richtig, denn die Landgemeinden bedürfen größerem

Schuges als die Stadtgemeinden mit ihren rechtskundigen Bürgermeistern. Nun wissen Sie, daß zwischen Mannheim und einigen Gemeinden auch Eingemeindungsverhandlungen im Gange sind. Ich will hier nicht auf die Frage der Eingemeindung als solche eingehen; ich will nicht die Notwendigkeiten anführen, welche oft sowohl die Stadt- wie die Landgemeinde zur Eingemeindung zwingen, wir werden ja bei einem anderen Anlaß Gelegenheit dazu haben. Ich will heute nur folgende Tatsache erwähnen: Als von Seiten des Stadtrats in Mannheim auf Grund der Wünsche der Gemeinde Seddenheim, die dahin gehen, daß durch polizeiliche Bestimmungen auf ihre ländlichen, ackerbautreibenden Verhältnisse Rücksicht genommen werden möge, man sich an das Bezirksamt gewendet hat, um zu fragen, ob es evtl. bereit sei, wenn die Einverleibung geschehen sei, ein derartiges Ortsstatut zu erlassen, es wurde vom Bezirksamt auf einen Erlaß des Ministeriums hingewiesen, und bemerkt, daß die Bezirksämter sich der größten Zurückhaltung gegenüber Eingemeindungen zu befleißigen hätten und daß man deshalb im vorliegenden Falle eine Aeußerung nicht geben könne. Nun bin ich der Ansicht: Nicht allein die Städte, sondern sämtliche Gemeinden unseres Landes haben ein großes, ein bedeutendes Interesse daran, daß dieser Erlaß nicht geheim bleibt, sondern daß auch den Städten mitgeteilt wird, welche Anweisungen die Regierung den Bezirksämtern hier gegeben hat, damit die Städte, wenn in dem Erlaß Bestimmungen enthalten sind, die nicht der Kritik standhalten, auch daran Kritik üben können. Aber daß man ganz einfach die Kommunen darüber im Dunkeln läßt, was für eine Richtschnur die Regierung hier eigentlich den Bezirksämtern gegeben hat, das gibt ein Gefühl der Unsicherheit. Ich glaube, unsere Regierung wird, wenn sie einen Erlaß herausgibt, auch der Ansicht sein, daß dieser Erlaß der Kritik standhalten kann und auch standhalten muß, und deshalb möchte ich hier die Bitte an die Großh. Regierung richten, den interessierten Stadtgemeinden diesen Erlaß an das Bezirksamt bekannt zu geben.

Schließlich möchte ich auch noch mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß der Herr Finanzminister bezüglich der Reichsfinanzreform so sehr leichten Sinnes über die Besteuerung des Tabaks oder der Zigarren hinweggegangen ist. Ich glaube, der Finanzminister des badischen Staates hätte alle Ursache, Rücksicht zu nehmen nicht nur auf die finanziellen Verhältnisse unseres Vaterlandes, denn die Tabakfabrikanten bringen auch Einkommensteuer und Vermögenssteuer auf, sondern auch gerade auf die große Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, welche durch ihren Beruf in der Tabak- und der Zigarrenindustrie ihr tägliches Brot finden. Aber auch für unsere Bauern, unsere Landwirte, für die ja hier in dem Hohen Hause immer ein so großes Wohlwollen in Worten und Taten zum Ausdruck gebracht wird, ist es eine Lebensfrage, ob die Tabak- und Zigarrenindustrie in unserem badischen Vaterlande auch nach der Steuerreform des Deutschen Reichs noch florieren kann, denn wenn die Tabakindustrie blüht und der Landwirt hat nur eine halbwegs gute Ernte, dann wird er auch eine anständige Einnahme erzielen, so wie es im

letzten Herbst der Fall gewesen ist. In diesem Sinne, mit Rücksicht auf unsere Tabakindustrie, mit Rücksicht auf unsere Arbeiter und mit Rücksicht auf die Landwirtschaft, rufe ich daher unserem Finanzminister zu: Landrat werde hart und bleibe hart dieser Steuer gegenüber!

Präsident des Ministeriums des Innern Wirtl. (Herrn Rat v. und zu Bodman: Der Herr Redner hat einige Fragen aus dem Gebiete des Ministeriums des Innern zur Erörterung gebracht, die, wie ich glaube, weniger in den Rahmen dieser allgemeinen Finanzdebatte als in den Rahmen der Debatte gehören, die wir ja über das Budget des Ministeriums des Innern noch haben werden. Ich will deshalb auch nicht im einzelnen auf diese Fragen eingehen.)

Ich will nur bezüglich des einen Punktes, der Ausweisung einzelner polnischer Arbeiter, hier erklären, daß ich diese Ausweisungen rückgängig gemacht habe. (Bravo! bei den Demokraten.) Im übrigen werde ich ja wohl Gelegenheit haben, mich über die Frage der Behandlung der polnischen Arbeiter bei der Ratung und Besprechung meines Budgets noch auszuäußern.

Was die Frage wegen eines Erlasses an die Bezirksämter über die gegenüber Eingemeindungen zu beobachtende Haltung betrifft, so ist ein solcher Erlaß nicht ergangen. Dagegen ist ein Erlaß an das Bezirksamt Mannheim ergangen über die von diesem gegenüber den beiden Eingemeindungen, von denen der Herr Vorredner gesprochen hat, einzunehmende Haltung. Wenn der Stadtrat in Mannheim wünscht, von diesem Erlaß Kenntnis zu erhalten, und dieser Wunsch mir vom Stadtrat in Mannheim mitgeteilt wird, so werde ich dem gerne entsprechen. Meine Ansicht über das Verhalten der Staatsbehörde gegenüber Eingemeindungen habe ich im übrigen in der Ersten Kammer eingehend dargelegt. Ich darf auf jene Ausführungen Bezug nehmen.

Hierauf wird abgebrochen.

Der Präsident teilt dem Hause mit, daß sich die Kommission für die Beamtenvorlagen konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Dr. Gönner (natl.) und zu Berichterstatter für das Beamtengesetz den Abg. Dr. Oßfischer (natl.), für die übrigen Vorlagen (Gehaltsordnung, Gehaltsstufen und Statgesetz) den Abg. Gieseler (Zentr.) gewählt habe.

Schluß der Sitzung um 1¼ Uhr nachmittags.

* Karlsruhe, 31. Jan. 23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 1. Februar 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:
2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Beck und Gen., die Kränkung verfassungsmäßiger Rechte (Former Schäußle in Rintheim) betr. — Druckfache Nr. 22.